

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

www.libmag.de

Jetzt kostenfrei
abonnieren
(siehe Seite 2)



27

SCHWERPUNKT: BREXIT

MACHEN WIR DAS BESTE DRAUS!

Der Brexit, seine Folgen und die Zukunft Europas

IN DIESEM HEFT:

TIMOTHY GARTON ASH,

ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF,

NICOLAI VON ONDARZA



„LIBERAL IST
DAS MAGAZIN
FÜR SELBSTDENKER.
ES BEKENNT SICH ZU
FREIHEIT, FAIRNESS
UND FORTSCHRITT.“

WOLFGANG GERHARDT

Herausgeber liberal

liberal bittet Freigeister wie
Vince Ebert, Jan Fleisch-
hauer, Wladimir Kaminer,
Necla Kelek, Harald Marten-
stein, Terry Pratchett, Christian
Ulmen und Wolfram Weimer
in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein
„intelligentes und mit spitzer
Feder geschriebenes,
exquisites Magazin“.

liberal wird herausgegeben von
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit.

Kostenfrei abonnieren

Erscheint **6x im Jahr**



Online-Bestellung
www.libmag.de/abo

Auch als **kostenfreie APP**

liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT





KIRSTIN HÄRTIG
CHEFREDAKTEURIN

Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen!“ Wenn in einem freiheitlichen Magazin wie diesem ein granteliges SPD-Urgestein wie Herbert Wehner zitiert wird, dann muss schon etwas Außergewöhnliches passiert sein. Der Brexit ist sicherlich alles andere als gewöhnlich. Und wird auf absehbare Zeit auch gewöhnungsbedürftig bleiben. Sicher ist nach der Wahl von Theresa May zur neuen Regierungschefin und der Ernennung des Aufstiegspopulisten Boris Johnson zum „Minister des Äußersten“, dass das Wehner-Zitat bezogen auf den Brexit falsch ist. Mag es rechtlich noch möglich sein – politisch ist die Sache klar. Brexit bleibt Brexit.

Viel entscheidender wird nun die Antwort auf die Frage sein, was aus dem Club der bald nur noch 27 Staaten in Europa werden soll. Wird sich die politische Zentrifuge des Ausstiegs noch schneller drehen, weil die erstarkenden Europafeinde in den Niederlanden, in Finnland und Dänemark nun ebenfalls mobil machen? Oder schafft es die europäische Gemeinschaft vielmehr, sich angesichts der historischen Grenzerfahrung Brexit zusammenzureißen? Die Hoffnung stirbt zuletzt. Unser Brexit-Schwerpunkt belegt zwar, dass mit Großbritannien ein laut Autor Jens Münchrath „unverzichtbarer Partner“ der Europäischen Union den

Rücken kehrt. Sein bitteres Fazit: „Ohne Großbritannien ist die EU politisch leichtgewichtiger, ökonomisch schwerfälliger und vor allem staatsgläubiger.“ Doch wahr ist auch: So richtig dazugehört haben die Briten noch nie. Es ist kein Geheimnis, dass sie sich immer schwergetan haben mit dem kontinentalen Europa.

Es gilt daher, das Gute im Schlechten zu suchen. Durch den nun beginnenden Rückzug der Briten aus der EU hat die Gemeinschaft die Chance und die Pflicht, sich neu zu erfinden. Auch EU-Parlamentarier Alexander Graf Lambsdorff gibt sich im Interview mit uns – nach dem ersten Schock über das „No“ der Insel – sehr zuversichtlich. „Das ist nicht der Anfang vom Ende der Europäischen Union. Bei manchen Fragen wird es Europa in Zukunft leichter fallen, zu pragmatischen Lösungen zu kommen.“ Dazu kommt: Die Briten verlassen zwar die Europäische Union. Doch ihre Verbraucher werden weiter deutsche Autos fahren, ihre Unternehmen weiter deutsche Maschinen kaufen. Die Beziehungen – ob auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiet – wandeln sich unter May, Johnson und Co. zwar radikal. Doch wer wen dringender braucht, wird sich erst noch herausstellen. Ein Bonmot der rheinischen Frohnatur Trude Herr bringt das treffend auf den Punkt: „Niemals geht man so ganz.“ ●

STANDARDS

3

EDITORIAL

4

INHALT/IMPRESSUM

30

ZENTRALMOTIV

32

AUTOREN DER FREIHEIT
Marko Martin

34

MIERSCHS MYTHEN
Technologischer Starrsinn

52

ZITATE DER FREIHEIT
Evelyn Beatrice Hall

53 
BÜCHER

54

WUTPROBE
Energiewende leicht
gemacht



SCHWERPUNKT

Brexit

Die Briten haben entschieden: Sie wollen die Europäische Union verlassen. Die neue Premierministerin Theresa May wird nun die Aufgabe haben, diesen Prozess einzuleiten und das Ergebnis eines Referendums zu exekutieren, das ihr Vorgänger David Cameron aus wahltaktischen Motiven angezettelt hat. Der politische Scherbenhaufen, den er damit hinterlässt, ist immens. Doch wie geht es mit Europa jetzt weiter? Was sind die politischen und ökonomischen Konsequenzen? Und wie können entstandene Gräben wieder zugeschüttet werden? **liberal** hat Antworten auf diese Fragen eingeholt und zusammengetragen, worauf sich die 27 verbliebenen EU-Länder jetzt fokussieren müssen.

6

UNVERZICHTBARER PARTNER 

Seit die Briten für den Austritt gestimmt haben, geben sich die politischen Eliten Kontinentaleuropas unversöhnlich. Doch das ist ein Fehler.

VON JENS MÜNCHRATH

17

ÖKONOMISCHE FOLGEN

Nach dem Votum gegen die EU werden die Unternehmen Großbritannien in Scharen verlassen – davon ist Ökonom Dennis Snower überzeugt.

VON RALPH BOLLMANN UND INGE KLOEPFER

10

ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Für den Vizepräsidenten des EU-Parlamentes gibt es keine Alternative zum europäischen Gedanken. Der Brexit ist daher nicht das Ende der EU.

VON KIRSTIN HÄRTIG

20

GEMEINSAMER BINNENMARKT

Europa ist auf gutem Wege, sich von den Folgen der Finanz- und Schuldenkrise zu erholen. England & Co. haben wesentlichen Anteil daran.

VON DIRK HEILMANN

12

DIE SICHT DER BRITEN

Großbritannien gehört zur Europäischen Union wie Piccadilly Circus zu London. Ein wirkliches Verlassen ist nicht möglich.

VON TIMOTHY GARTON ASH

22

UNKLARER EINSTIEG IN DEN AUSSTIEG

Auch Wochen nach dem Referendum gibt es keinen konkreten Fahrplan für den Brexit. Die britische Regierung wird auf Zeit spielen.

VON NICOLAI VON ONDARZA

APP-VERSION

liberal ist auch als iPad- und Androidversion erhältlich und enthält multimediales Zusatzmaterial:

 Audio

 Bildergalerie  Link

 Leseprobe  Video

POLITIK



24 VENEZUELA

Der Niedergang des lateinamerikanischen Landes ist beispiellos. Es scheint nur eine Frage der Zeit, bis das sozialistische Regime um Präsident Nicolás Maduro abgelöst wird. Doch bis dahin versinken die Menschen in Hunger und Elend.

VON JULIANE FISCHER

28 INTERVIEW DANIEL ZIMMER

Der zurückgetretene Chef der Monopolkommission spricht über das schwierige Verhältnis von Politik und Wissenschaft und warum er sich trotz des gerichtlichen Vetos gegen die Fusion von Edeka und Kaiser's Tengelmann weder als Gewinner noch als ein Verlierer sieht.

VON MARCEL BERNDT

WIRTSCHAFT



36 EFFIZIENTER ALTRUISMUS

Soziales Engagement und kühles Kalkül passen besser zusammen, als viele denken. Denn wenn die Hilfsressourcen begrenzt sind, ist es wichtig, Prioritäten zu setzen.

VON CHRISTINE MATTAUCH

40 VEGANER

Veganer galten lange Zeit als antikapitalistische Weltverbesserer. Heute ist das Motto: Spaß statt Askese. Und die Ernährung ohne tierische Produkte ist zu einem lukrativen Geschäftsfeld für Gastro-Profis und innovative Unternehmen geworden.

VON CHRISTINE MATTAUCH



Ihre Meinung ist uns wichtig!
Leserumfrage --> Seite 55

GESELLSCHAFT



44 WELTREISEN BILDET

Eine Auszeit vom Job nehmen und mit Kind und Kegel durch ferne Länder reisen – bei Arbeitnehmern wird das immer beliebter. Darauf müssen sich Firmen erst einstellen.

VON CHRISTINE WEISSENBORN

48 MARIE-ELISABETH LÜDERS

Wie sich die Grande Dame der FDP mit Beharrlichkeit und Mut ihren Platz in der Geschichte erarbeitet hat.

VON GERHILD FRAMHEIN

50 UNVERHOFFT KOMMT OFT

Die Folgen von Krisen und geopolitischen Konflikten machen nicht vor Deutschlands Grenzen halt. Die Politik muss diesen Prozess gestalten und kann dabei unangenehmen Fragen nicht auf Dauer ausweichen.

VON WOLFGANG GERHARDT

liberal • Debatten zur Freiheit. Das Magazin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Chefredaktion: Kirstin Härtig

Redaktion: Boris Eichler, Thomas Volkmann, Annett Witte

Adresse: Reinhardtstr. 12, 10117 Berlin
Telefon 030/22 01 26 34, Fax 030/28 87 78 49
redaktion@libmag.de
www.libmag.de

Autoren dieser Ausgabe: Timothy Garton Ash, Marcel Berndt, Monika Bittl, Ralph Bollmann, Juliane Fischer, Gerhild Framhein, Wolfgang Gerhardt, Friedrich Heckmann, Inge Klopfer, Marko Martin, Christine Mattauch, Michael Mirsch, Jens Münchrath, Nicolai von Ondarza, Michael Roick, Christine Weissenborn, Annett Witte

Gesamtherstellung:
planet c GmbH
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf
Tel.: 0211/542 27-700, www.planetc.co

Verlagsgeschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe

Redaktionsleitung: Florian Flicke

Gestaltung: Ernst Merheim, Andrea Goerke (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion), Ernst Merheim (Titelbild)

Projektleitung: Jana Teimann

Anzeigen: Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671, t.moos@planetc.co (Leitung),

Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663, g.giavanoglou@planetc.co (Anzeigen-Marketing), Christine Wiechert, Tel. 0211/542 27-672, c.wiechert@planetc.co (Disposition)

Litho: TiMe GmbH

Druck:
Bechtle Druck & Service GmbH & Co. KG
Zeppelinstraße 116, 73730 Esslingen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH, www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement:
alles dazu auf Seite 2





Foto: Michael Tub/Getty Images



Der unverzichtbare Partner

Seit die Briten dafür gestimmt haben, die Europäische Union zu verlassen, geben sich die politischen Eliten Kontinentaleuropas unversöhnlich. Doch das ist ein großer Fehler. Denn ohne Großbritannien ist die EU politisch leichtgewichtiger, ökonomisch schwerfälliger und vor allem staatsgläubiger.

// TEXT // JENS MÜNCHRATH

Es gibt Jahrzehnte, in denen nichts passiert; und Wochen, in denen Jahrzehnte passieren. Das wusste schon Wladimir Iljitsch Lenin – und dieses Bonmot trifft die Geschehnisse dieses Sommers auf den Punkt. Gerade zehn Wochen ist es her, dass sich die Briten mit einer knappen Mehrheit für den Ausstieg aus der Europäischen Union entschieden haben – und noch immer rätseln Politiker, Historiker und Ökonomen über die möglichen Folgen des Votums. Fest steht bislang nur: Sollte es wirklich zum Ausstieg Großbritanniens aus der EU kommen, wäre das eine Zäsur – für Großbritannien, für Europa, vor allem aber für Deutschland.

Zweifelloos kann und wird die EU ohne das Vereinigte Königreich überleben. Aber die Union wird eine andere sein: politisch leichtgewichtiger, ökonomisch schwerfälliger und vor allem staatsgläubiger. Es verwundert, mit welcher Leichtfertigkeit die politischen Eliten Kontinentaleuropas die Briten ziehen lassen, ja sie sogar möglichst schnell aus der Union rausdrängen wollen. EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker „befahl“ seinen Kommissaren und Generaldirektoren unmittelbar nach dem Referendum eine Art Kontaktsperre, um die Briten unter Druck zu setzen. Frankreichs Präsident François Hollande forderte Entschlossenheit gegenüber den Briten, die Welt schaue schließlich auf Europa. Der niederländische Premier Mark Rutte polterte, Großbritannien sei „politisch, monetär, konstitutionell und wirtschaftlich zusammengebrochen“. Allein die Bundeskanzlerin mäßigte ihre Rhetorik.

Was ist bloß los mit den politischen Führungseliten? Ist es Rache? Oder verletzter Stolz? Wen will man abstrafen? David Cameron, den inzwischen abgetretenen Premier, oder gleich das ganze britische Volk?

»



Londons Bankendistrikt

Canary Wharf: Großbritannien ist vor allem dank der starken Finanzbranche die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU.

Das politische Establishment in Brüssel erweckt den Eindruck, als wolle die EU an den Briten ein Exempel statuieren, um Nachahmungstäter abzuschrecken. So, als sei die Union eine Zwangs- und keine Zweckgemeinschaft, die sich durch sinnstiftende Projekte attraktiv machen muss. Ein solches Verhalten ist kein Zeichen der Stärke, es ist ein Zeichen der Schwäche. Und diese Schwäche resultiert aus der Ahnung, dass eine solche Volksabstimmung in vielen EU-Ländern womöglich ähnlich schlecht für die EU ausfallen würde wie das britische Referendum.

Die Härte, die die EU-Eliten gegenüber Großbritannien einfordern, erinnert Graham Watson, der von 1994 bis 2014 Mitglied des EU-Parlaments und Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss war, an die Äußerungen Oliver Cromwells. „Sie waren zu lange hier für das, was Sie Gutes erreicht haben. Gehen Sie deshalb jetzt und verschwinden Sie. In Gottes Namen, gehen Sie!“, hatte der Freiheitskämpfer 1652 gegenüber dem englischen Parlament gesagt.

Leidtragender der hartleibigen Haltung der EU ist zunächst einmal das britische Volk, das von seinem ehemaligen Premier David Cameron instrumentalisiert wurde, um der EU Zugeständnisse abzapfen zu lassen. Das von ihm aus wahltaktischen Motiven angezettelte Referendum zu exekutieren ist nun seiner Nachfolgerin Theresa May überlassen.

Leidtragender ist Europa als Ganzes. Denn es droht ein politisch wie ökonomisch wichtiger Partner verloren zu gehen. Ein Blick auf die Zahlen macht klar, um welche Dimensionen es geht: Ohne Großbritannien sinkt der Anteil der EU an der globalen Wirtschaftsleistung von derzeit 22 Prozent auf 18 Prozent. Das Vereinigte Königreich ist mit einem Anteil von 18 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) der gesamten EU nach Deutschland (21 Prozent) nicht nur die zweitgrößte Volkswirtschaft. Die Insel trägt auch überproportional zur

Dynamik des Kontinents bei. Der britische Anteil am Gesamtwachstum der Union beträgt fast ein Fünftel – und ist damit fast so groß wie der Deutschlands. Fast die Hälfte seines Außenhandels bestreitet das Vereinigte Königreich mit der EU.

Sollte es nach dem Austritt des Königreichs Handelshemmnisse geben, wäre Deutschland einer der größten Verlierer. Großbritannien ist der drittgrößte Handelspartner der deutschen Wirtschaft. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erwartet, dass der Brexit Deutschland bereits 2016 mehr als ein Drittel seines erwarteten Wachstums kosten könnte. Bis dahin ist der Austritt Großbritanniens nicht einmal vollzogen. Noch stärker freilich würde es die britische Wirtschaft treffen. Clemens Fuest, Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo) etwa prognostiziert eine „Anpassungsrezession“ auf der Insel.

Ausgerechnet die beiden ökonomischen Leistungsträger Europas also würde ein Brexit hart treffen. Aber es geht um weit mehr als die direkten ökonomischen Folgen. Es geht um die wirtschaftspolitische Ausrichtung des gesamten Kontinents. Mit einem Austritt Großbritanniens verlöre Deutschland seinen wichtigsten Verbündeten gegen die etatistisch orientierte Südflanke Europas – mit Frankreich und Italien an der Spitze. Das Königreich mag ein unbequemer EU-Partner gewesen sein und mit seiner Blockadehaltung so manche Regierung verärgert haben. Doch in Grundsatzfragen konnte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel auf die Briten verlassen. London spielte immer eine wettbewerbs- und freihandelsorientierte Rolle. Aus deutscher Sicht ein unverzichtbares Gegengewicht zu den Südländern der EU, die zu Protektionismus und zu einer Politik der Umverteilung tendieren.

Der ehemalige ifo-Chef Hans-Werner Sinn warnt: „Europa wird sich in eine Festung verwandeln, die den Freihandel mit der Welt einschränkt und ihre Industrien zulasten der Menschen mit Zöllen und Handelsbarrieren gegen die weltweite Konkurrenz abschottet“, prophezeit der angesehene Ökonom. „Stagnation“ in Europa sei die Folge. Tatsächlich verlöre die Gruppe marktwirtschaftlich orientierter Länder, die wie Deutschland und Großbritannien denken, ihre Sperrminorität im EU-Ministerrat.

Ob der Internationale Währungsfonds (IWF), die OECD oder die Weltbank – alle haben vor dem britischen Referendum gewarnt. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Weltwirtschaft sich ohnehin in einem kritischen Zustand befindet. Die großen Schwellenländer sind nicht mehr Hoffnungsträger, sondern Risikofaktoren. China sucht ein neues Wirtschaftsmodell und ist nur noch ein Schatten seiner selbst. Brasilien und Russland kämpfen gegen den ökonomischen Nieder-

gang an. Und selbst in den USA droht eine empfindliche Abkühlung der Konjunktur. Eine tiefe politische Krise in Europa, das ökonomisch ohnehin fragil ist und jetzt auch noch durch eine italienische Bankenkrise geschwächt wird, ist das Letzte, was die Weltwirtschaft jetzt gebrauchen kann.

Noch ist es aber nicht so weit. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, dass die neue Premierministerin den Antrag auf EU-Austritt erst gar nicht stellt, oder ihn lange hinauszögert. Immerhin sind rund zwei Drittel der Abgeordneten des britischen Parlaments gegen die Scheidung von der Europäischen Union. Und juristisch bindend ist das Referendum nicht.

Doch man darf sich keine Illusionen machen. Der Souverän hat gesprochen, und ein Volksentscheid bedeutet die denkbar höchste demokratische Legitimation. Nur unter schweren politischen Verrenkungen ließe sich das Ergebnis des Referendums umgehen.

Aus Sicht Kontinentaleuropas kann es nur eine Strategie

geben: Es muss verhandelt werden mit den Briten. Und es muss konstruktiv verhandelt werden. Es wäre ein schwerer Fehler, die Insel zu isolieren, sie vom Binnenmarkt abzuschneiden. Ein anderer Fehler wäre eine Brüsseler Politik des „Weiter so“ oder des „Jetzt erst recht“. Manche Regierung im Süden Europas wittert bereits die Chance zu weiteren, schnellen Vergemeinschaftungsaktionen – etwa zu einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung oder Einlagensicherung für Banken. Nein, was Europa jetzt braucht, ist eine Debatte darüber, was die EU leisten kann und soll – und wo ihre Grenzen liegen. Europa braucht eine Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Grundsätze: den freien Waren- und Personenverkehr, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und seiner Rechtsstaatlichkeit.

Niemand bestreitet den Wert der europäischen Integration. Niemand bestreitet den viel zitierten „Frieden und Wohlstand“, den die EU dem Kontinent über viele Jahrzehnte hinweg gebracht hat. Und nicht einmal die Briten haben wirklich gegen Europa gestimmt, sondern allenfalls gegen einen Popanz, den die Brexit-Apologeten Boris Johnson, der nun Außenminister ist, oder Nigel Farage daraus gemacht haben. Sicherlich trug am Ende auch die Vielzahl ungelöster Probleme in Europa zur Diskreditierung der Europäischen Union bei, genauso wie die Selbstgefälligkeit mancher ihrer Amtsträger. Aber die größte Gefahr für Europa geht nicht von den direkten ökonomischen Folgen eines Brexits aus. Sie geht von falschen politischen Reaktionen auf einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union aus. ●



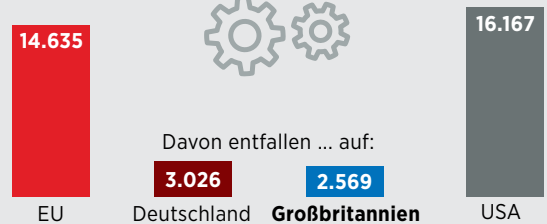
JENS MÜNCHRATH arbeitet seit 2000 als Redakteur beim Handelsblatt, derzeit als Teamleiter Report. In seiner gesamten journalistischen Laufbahn beschäftigte sich der promovierte Philosoph, Politologe und Medienwissenschaftler intensiv mit der europäischen Integration.
redaktion@libmag.de

WENN DIE BRITEN GEHEN

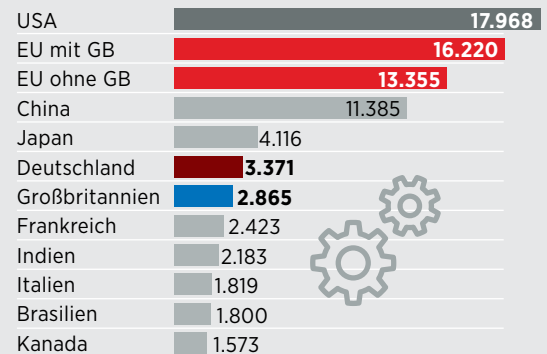
Wirtschaftsdaten im Vergleich

■ Europäische Union (EU) ■ Deutschland (D)
■ Großbritannien (GB) ■ USA

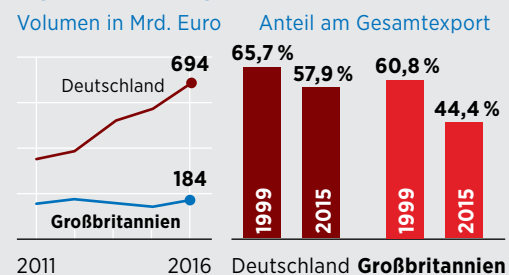
Bruttoinlandsprodukt 2015 (nominal) in Milliarden Euro



Bruttoinlandsprodukt 2015 (nominal) in Milliarden Dollar



Exporte in die Europäische Union



Erwerbstätige 2015, in Millionen





„Der Brexit ist nicht der Anfang vom Ende der EU“

Alexander Graf Lambsdorff bedauert den Weggang Großbritanniens als Mutterland des Liberalismus. Für den Vizepräsidenten des EU-Parlamentes gibt es jedoch keine Alternative zum europäischen Gedanken. Er fordert jedoch: Die Gemeinschaft braucht mehr Demokratie, und sie muss beweisen, was sie leisten kann. // INTERVIEW // **KIRSTIN HÄRTIG**

Die Bürger Großbritanniens haben entschieden. Doch die politischen Parteien auf der Insel haben kein Konzept. Glauben Sie, dass neu abgestimmt wird?

Großbritannien ist das Mutterland des Liberalismus. Deswegen wollten wir ja auch, dass es keinen Austritt gibt. Aber die Bevölkerung hat demokratisch abgestimmt und das Votum ist eindeutig. Jetzt muss der Beschluss auch vollzogen werden. Auf dem Verhandlungswege die Entscheidung des Volkes rückabzuwickeln, würde der Demokratie in Großbritannien und in ganz Europa schweren Schaden zufügen.

Wie lange können die EU, das Parlament und die Kommission warten, bis sich im Vereinigten Königreich Politik und Gesellschaft über die nächsten Schritte wirklich klar geworden sind?

Der nächste Schritt ist ja, dass Großbritannien seinen Austritt offiziell bekannt gibt. Ab dann läuft die Uhr – und zwar genau zwei Jahre lang. Aus meiner Sicht ist klar: Spätestens bei der nächsten Europawahl 2019 muss der Austritt formell vollzogen sein. Es ist ja nicht vorstellbar, dass das Vereinigte Königreich nach dem Brexit-Referendum noch eine Europawahl durchführt. In diesem Zeitrahmen müssen also alle Fragen geklärt sein, und das wird sehr kompliziert. Immerhin geht es hier ums Eingemachte: die Geschäftsmöglichkeiten britischer Banken auf dem Kontinent, Zollsätze für britische Produkte, den Zugang zum Binnenmarkt generell – um nur einige zu nennen.

Wie sehen Europaparlamentarier wie Sie die möglichen Verhandlungen nach einer Austrittserklärung?

Die Briten müssen jetzt einen verlässlichen Fahrplan vorlegen,

ein Weißbuch, wie sie sich die Beziehungen zur EU nach dem Brexit vorstellen, und dann werden Gespräche geführt werden müssen. Nur so können wir die Ungewissheit schnell aus der Politik, aus den Märkten und aus den Köpfen der Bürger in England und Europa bekommen. Die Verhandlungen sind ja immens umfangreich. Anscheinend haben die Briten noch nicht einmal genügend Unterhändler. Die Stimmengewichtung im Rat muss überarbeitet werden, weil die 29 Stimmen der Briten entfallen, auch der Wegfall der 73 britischen EU-Parlamentarier muss berücksichtigt werden.

Wie geht es weiter? Ist das „Modell Norwegen“ eine Option oder ist es durch die aggressive ausländerfeindliche Kampagnenführung der Brexit-Befürworter schon verbrannt worden?

Wenn die Briten das norwegische Modell wollen, bitte schön. Dann befolgen sie demnächst die Binnenmarktgesetzgebung, ohne sie beeinflussen zu können, und müssen dafür noch in den EU-Haushalt einzahlen. Vor allem würde die Freizügigkeit der Arbeitnehmerzuwanderung weiterhin gelten. Wenn sie dazu bereit wären, hätte ich nichts dagegen. Das ist aber illusorisch. Das Modell Schweiz, bestehend aus über 100 bilateralen Verträgen, will in Brüssel niemand mehr. Am wahrscheinlichsten ist daher das kanadische Modell, angelehnt an das CETA-Abkommen. CETA gewährt allerdings keinen vollen Marktzugang bei Finanzdienstleistungen, die für die Briten ein Hauptinteresse sind. All jenen, die auch in Deutschland immer so leichtfertig an der EU herummeckern, sollte das eine Lehre sein: Das Fehlen des Binnenmarktes wird für die britische Wirtschaft sehr negative Auswirkungen haben.



ZUR PERSON

ALEXANDER GRAF LAMBS-DORFF ist seit 2014 stellvertretender Präsident des Europäischen Parlamentes, dem er seit 2004 angehört. Er ist Mitglied des Bundesvorstandes der FDP.

Wie soll es bei den 27 verbleibenden EU-Staaten weitergehen? Anders gefragt: In welchen Punkten muss sich die EU wirklich verändern?

Die EU muss endlich beweisen, dass sie das leisten kann, wofür sie geschaffen wurde. Nehmen Sie das Thema Sicherheit: Die nationalen Regierungen ergehen sich in schön klingenden Verkündungen, aber echte Fortschritte bei einer gemeinsamen Einwanderungs- und Asylpolitik, dem Antiterrorkampf oder der europäischen Grenzsicherung gibt es nicht. Anderes Beispiel: die Handelspolitik. Statt die ambitionierte Handelsagenda zügig voranzutreiben, geht die Entwicklung beim EU-Kanada-Abkommen gerade in die entgegengesetzte Richtung. Eine Renationalisierung der Handelspolitik würde aber schwere Schäden für die Handlungsfähigkeit der EU und unseren Wohlstand nach sich ziehen. Tatsächlich scheitert die EU gerade an großen strategischen Fragen – aber genau dafür gibt es die Union. Und nicht, um Duschköpfe oder Glühbirnen zu vereinheitlichen.

Wie sieht Ihre liberale Idee für das Europa von morgen aus?

Das schwierige Verhältnis der Briten zur EU hat gezeigt, dass wir ein Europa der unterschiedlichen Tiefe brauchen. Wenn jeder Staat selber entscheiden kann, wann und wie viel Souveränität er an die europäische Ebene abgibt, steht am Ende gerade kein europäischer Superstaat, sondern differenzierte Integration. Einige Politikbereiche sollten zudem wieder auf die nationale Ebene zurückwandern, beispielsweise die Kulturpolitik. Langfristig müssen wir auch über institutionelle Projekte nachdenken. Die europäischen Staats- und Regierungschefs fällen weitreichende Beschlüsse hinter verschlossenen Türen, Gesetze werden wie aus einer Blackbox heraus produziert. Hier liegt das wahre Demokratiedefizit der EU. Doch für tiefgreifende Änderungen fehlt im Moment das Interesse.

Mit den Briten verliert Deutschland den letzten echten marktwirtschaftlichen Partner in Europa. Die EU droht auf mehr Sozialtransfers statt Haushaltskonsolidierung, auf mehr statt weniger Staat zuzusteuern. Macht Ihnen das Angst?

Angst ist ein schlechter Ratgeber. Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass wir mit den Niederlanden, den skandinavischen und baltischen Staaten sowie Polen weiterhin marktwirtschaftlich ausgerichtete Nachbarn haben. Natürlich wäre es mir lieber, wenn uns die Briten als wichtiger und zuverlässiger Partner innerhalb der EU erhalten blieben. Gleichzeitig sollten wir uns aber bewusst machen: Da geht kein überzeugtes europäisches Land. Deswegen ist das auch nicht der Anfang vom Ende der Europäischen Union. Im Gegenteil: Bei manchen Fragen wird es Europa in Zukunft leichter fallen, zu pragmatischen Entscheidungen zu kommen. Das gilt besonders für die innere und äußere Sicherheit, bei der alle Umfragen zeigen, dass die Bürger hier ein starkes Europa wollen. ●

„Dies ist die größte Niederlage meines politischen Lebens“

Die Nachwehen des Referendums werden die zwei Seelen in meiner Brust gegeneinander aufstacheln. Wie konnte es so weit kommen? // TEXT // **TIMOTHY GARTON ASH**



Großbritannien kann die Europäische Union genauso wenig verlassen wie der Piccadilly Circus London. Wir sind und bleiben in Europa. Großbritannien ist schon immer ein europäisches Land gewesen, sein Schicksal untrennbar verflochten und verwebt mit dem des Kontinents und so wird es auch immer bleiben. Und doch verlässt es die Europäische Union. Warum?

Eine universelle Wahrheit ist: Niemand weiß, was passieren wird, aber alle können es im Nachhinein erklären. Wenn auch nur

drei Prozent der mehr als 33 Millionen Briten, die in diesem Referendum abgestimmt haben, sich anders entschieden hätten, würde man jetzt endlose Artikel darüber lesen, wie letzten Endes doch die Wirtschaftslage – „the economy, stupid“ – entscheidend gewesen sei, und wie der britische Pragmatismus gesiegt habe usw. Hüten wir uns also vor den Illusionen des rückblickenden Determinismus. Es wird immer ein Mysterium bleiben, wie Millionen einzelner Wähler ihre Entscheidung treffen. Das Mysterium der Demokratie.

Dieses Ergebnis war alles andere als unvermeidlich. Noch Jahrhunderte nach der normannischen Invasion betrieben die Machthaber in England eine politische Gemeinschaft über den Ärmelkanal hinweg zusammen mit ihren Besitzungen in Frankreich. So wie in persönlichen Beziehungen kann man durchaus zusammen sein, während man getrennt lebt – oder gemeinsam leben und trotzdem nicht zusammen sein.

Geschichte ist hier von größerer Bedeutung. Wenn Briten beklagen, dass europäische Gesetze alle nationalen Regelungen

übertrumpfen, hallt ein Echo aus dem Jahre 1533 wider, als Heinrich VIII. in seinem Act in Restraint of Appeals bekanntermaßen Rom gegenüber erklärte: „Das Königreich England ist ein Empire“. Gestern Rom, heute Brüssel. Wenn ein britischer Ladeninhaber zu mir sagt, „wir sollten uns selbst regieren“, dann basiert das auf einer Tradition der parlamentarischen Souveränität, die bis zur englischen Revolution im 17. Jahrhundert und weiter zurückreicht. Darin unterscheidet sich Großbritannien von Deutschland, das seit dem Heiligen Römischen Reich verschiedene Regierungsebenen gewohnt ist, von der mittelalterlichen Stadt mit Stadtrecht bis zum ersten Reich, das viele kleine Staaten umfasste.

Thatcher hat Europa einst beworben

Die Geschichte beeinflusst zwar unser heutiges Handeln, gibt es aber nicht vor. Als deutsche Historiker zu ergründen versuchten, warum Deutschland seinen verhängnisvollen „Sonderweg“ im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert eingeschlagen hatte, stellten sie es Großbritannien gegenüber. Großbritannien galt in diesem Vergleich als Beispiel für die europäische Normalität.

Also sind wir Briten in unserer Einzigartigkeit nicht einzigartig. Es gibt kein außergewöhnliches Großbritannien auf dieser und einen Haufen fast identischer europäischer Staaten auf der anderen Seite. Großbritannien mit seinem Wohlfahrtsstaat und einem nationalen Gesundheitssystem ist in vielerlei Hinsicht ein typisches europäisches Land. Jedes einzelne europäische Land pflegt eine komplizierte und oftmals schwierige Beziehung mit seiner Vorstellung von Europa und der real existierenden EU.

Wahr ist jedoch, dass Großbritannien (mit Ausnahme der Kanalinseln), anders als die meisten anderen europäischen Länder, nie auf eigenem Grundgebiet die prägenden Erfahrungen des 20. Jahrhunderts – Krieg, Niederlage, Besatzung und faschistische oder kommunistische Diktatur – erlebt hat. Als sich das Vereinigte Königreich in den frühen 1970er-Jahren der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anschloss, tat es das vor allem als Reaktion auf einen relativen wirtschaftlichen und politischen Abschwung. Seine Beziehungen zur EU waren nüchtern und berechnend. Großbritannien ist immer, wenn man es ein wenig unfreundlich ausdrücken möchte, ein Schönwetterfreund des Kontinents gewesen.

Wichtiger als Heinrich VIII. oder die 1970er-Jahre ist jedoch Margaret Thatcher. Nicht die Margaret Thatcher, die 1975 mit einem ‚Europa-oder-Pleite‘-Pulli voller Flaggen eine Kampagne für den Verbleib in der EU führte, oder die Premierministerin, die in den 1980er-Jahren den EU-Binnenmarkt durchsetzte – ohne den es nie eine gemeinsame Währung gegeben hätte, die heute schwere Zeiten durchmacht. Nein, es ist die späte Thatcher, die Reue und reflexive Antipathie empfand und in ihren Memoiren die „vollkommen unenglische Denkweise“ der Europäischen Gemeinschaft bemängelte und aus Rudyard Kiplings Gedicht über den Normannen und den Sachsen zitierte: „Wenn er wie ein Ochs in der Furche steht, dich mit trotzigem Blick ansieht / Und murrst: ‚Das ist nicht gerecht.‘ Mein Sohn, dann lass den Sachsen in Fried.“

Dies ist die Margaret Thatcher, der ich bei einem denkwürdigen Seminar auf ihrem Landsitz Chequers, bei dem sie die deutsche

GROSSBRITANNIEN KANN DIE EURO- PÄISCHE UNION GENAUSO WENIG VERLASSEN WIE DER PICCADILLY CIRCUS LONDON.

Wiedervereinigung besprechen wollte, begegnete, mit einem verzerrten Bild des Kontinents aus dem Jahr 1940 vor Augen (schlechtes Deutschland, schwaches Frankreich) und mit schwelenden Ressentiments gegenüber dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl. Und dann die Schatten-Thatcher, die, laut ihrem Biografen Charles Moore, einen EU-Austritt Großbritanniens befürwortete.

Ihr Erbe hat in den geschlossenen Zirkeln von Westminster zwei Generationen europaskeptischer Politiker und Journalisten geprägt. Manch ein Journalist wurde Politiker: Michael Gove, Boris Johnson, um zwei Namen zu nennen. Ein Freund hat mir einmal eine Anekdote über Johnson erzählt aus dessen Zeiten als Brüssel-Korrespondent des *Daily Telegraph*. Er platzte zu spät in eine Pressekonferenz und knurrte: „OK, sagt mir, was los ist und warum es schlecht für Großbritannien ist.“ Er war schon immer zynisch, aber damals fand ich die Anekdote noch amüsant.

Andere Journalisten benehmen sich wie Politiker und tischen Halbwahrheiten und Lügen auf. Der Grad der Einseitigkeit und Verzerrung in der britischen Presse – von „Die Queen unterstützt den Brexit“ (*Sun*) bis zur Ankündigung auf der Titelseite des *Express*, die EU werde britische Wasserkocher verbieten – ist europaweit unübertroffen. Und sie ist so wirkungsvoll, weil sie Tag für Tag, Jahr für Jahr auf einem emotional »

ansprechenden Narrativ von der tapferen, freiheitsliebenden Insel, die ein mächtiges Weltreich wurde, aufbauen konnte.

Als Johnson vor drei Monaten seine Unterstützung für die Austrittsbefürworter verkündete, nachdem er einen Zickzackkurs gefahren hatte, während er herauszufinden versuchte, was für ihn am günstigsten wäre, schrieb er: „Wir haben das größte Empire, das die Welt je gesehen hat, regiert ... Sind wir wirklich nicht in der Lage, ein Handelsabkommen abzuschließen?“

Gove, ein gleichermaßen begabter Autor wie Redner, stieß in verschiedensten Tonar-

sitäten nichts entgegengesetzt wurde. Wir, die Journalisten, haben es zugelassen, dass europaskeptische Medien damit davonkommen konnten und die tägliche Nachrichtenagenda im Radio und Fernsehen auch bestimmen durften. Wie kann es möglich sein, dass wir EU-Befürworter das schmerzliche Gefühl, auf der Verliererseite der Europäisierung zu stehen, dermaßen unterschätzt haben? Das mir begegnete, als ich von Tür zu Tür ging, um für den Verbleib in der EU zu werben, und das mir jetzt nach dem Wahlergebnis von der anderen Hälfte Englands entgegenschreit?



Margaret Thatcher 1975 bei der Kampagne „Keep Britain in Europe“.

ten ins gleiche Horn. Dieser nostalgische Optimismus ist der Sirengesang der Austrittsbefürworter: Einst waren wir aus eigener Kraft groß, also können wir es wieder werden. Ein völliger Trugschluss natürlich („Karthago war einst groß und kann es deswegen wieder sein“), aber ach so verführerisch.

Es wäre allerdings falsch, die ganze Schuld auf die unverantwortlichen Austrittsbefürworter zu schieben. Wir englischen Europäer sind auch schuld. Wir, die Lehr- und Bildungsbeauftragten, haben es zugelassen, dass einem derart simplifizierenden Narrativ in Geschichts- und Gemeinschaftskundekursen an Schulen und Univer-

Und warum ist es Generationen britischer Politiker nicht gelungen, sich positiv über das Projekt der europäischen Integration, das wir kurz „Europa“ nennen, auszusprechen? Tony Blair hielt einige sehr schöne proeuropäische Reden – in Polen, Deutschland und Belgien. Als er eine Europa-Rede in Oxford halten sollte, bat ich ihn inständig, er möge seiner im Privaten geäußerten, vernichtenden Kritik an der europaskeptischen Presse öffentlich Ausdruck verleihen. Was von diesem Gedanken am Ende bei seinen internen Spindoktoren durchging, war ein nichtssagender Absatz dazu.

Und doch liegt der Ursprung dieses Debakels nicht nur in Großbritannien, sondern in Kontinentaleuropa. Wie so oft wurde die Saat der Katastrophe im Moment des Triumphes ausgebracht; Hochmut kommt vor dem Fall. Es wäre übertrieben zu behaupten, in Dover wird eine Mauer aufgebaut, weil in Berlin eine gefallen ist. Und doch gibt es Zusammenhänge. Genau genommen drei: Als Preis für ihre Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung nagelten Frankreich und Italien Deutschland auf einen Fahrplan für eine überstürzte, schlecht konzipierte Währungsunion fest, die zu viele sehr unterschiedliche nationale Volkswirtschaften umfasste. Nach ihrer Befreiung von der kommunistischen Sowjet-Kontrolle verfolgten viele osteuropäische Staaten das Ziel einer EU-Mitgliedschaft, inklusive an eines ihrer Herzstücke zu kommen: die Personenfreizügigkeit. Und 1989 ging die Tür zur Globalisierung auf, mit ihren Gewinnern und vielen Verlierern.

Genug Argumente für den Austritt

Jedes dieser Samenkörner hat sich im britischen Referendum zu voller Blüte entfaltet. Seit die Finanzkrise die strukturellen Fehler der Eurozone aufgedeckt hat, war die wirtschaftliche Schwäche des Kontinents ein zentrales Argument für den Austritt, genau wie die wirtschaftliche Stärke das zentrale Argument für den Verbleib gewesen war, als 1975 Margaret Thatcher im ersten Referendum jenen Pulli trug. „Und was die 19 Länder betrifft, die in dieser katastrophalen, nicht auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittenen gemeinsamen Währung feststecken, fragen Sie einfach die arbeitslose Jugend in Griechenland, Spanien oder Frankreich, ob der Euro ihren Wohlstand gefördert hat“, schrieb die *Daily Mail* am Tag des Referendums und mahnte ihre Leser damit, für den Austritt zu stimmen.

Die EU-Osterweiterung 2004 hatte eine große Westwärtsbewegung zur Folge und aufgrund Blairs Politik der offenen Tür, bei der er sich gründlich verkalkuliert hatte, kamen hierdurch rund zwei Millionen Menschen nach Großbritannien. In letzter Zeit gesellten sich die Arbeitssuchenden aus

dem eurogebeutelten Griechenland und Spanien hinzu. Weil jedoch Großbritannien, dem Thatcherismus zum Trotz, im Grunde noch immer eine europäische Sozialdemokratie mit großzügigen Sozialleistungen, jedermann zugänglichem Gesundheitssystem und staatlichen Schulen für alle ist, wurde der Druck auf die staatlichen Dienstleistungen – und den Wohnungsbestand in einem Land, in dem seit Jahrzehnten zu wenig neuer Wohnraum geschaffen wurde – besonders für diejenigen, die kein oder wenig Vermögen hatten, spürbar. Das berichteten mir eine ältere weiße Frau aus einfachen Verhältnissen auf der Straße, der Friseur asiatischer Abstammung sowie ein Syrer, der eine Pizzeria betreibt. Es ist ein schwerwiegender Fehler, diese Leute einfach als Rassisten abzutun. Ihre Sorgen sind weit verbreitet, aufrichtig und ernst zu nehmen. Leider nutzen aber fremdenfeindliche Populisten wie Nigel Farage diese Gefühle aus und nähren damit ihren englischen Nationalismus. So sprach Farage beispielsweise im Moment des Sieges vom Triumph der „gewöhnlichen Leute, der anständigen Leute, der einfachen Leute“. Die Sprache von Orwell wird hier für populistische Zwecke missbraucht.

Die Unzufriedenheit stellt auch eine allgemeine Reaktion auf die Folgen der Globalisierung dar – am besonders konzentrierten Beispiel der EU. Erschüttert durch den schnellen demografischen und kulturellen Wandel sowie die gesellschaftliche und wirtschaftliche Liberalisierung und mit dem berechtigten Gefühl, dass die Ungleichheit zugenommen habe, weil manche spektakulär von der Globalisierung profitieren, während andere – schlecht ausgebildete, wenig mobile und wenig flexible Arbeitnehmer – auf der Seite der Verlierer stehen, rufen diese „gewöhnlichen Leute“: „Ich erkenne mein eigenes Land nicht wieder!“. Es ist ein Leichtes, sie dazu zu bringen, die Schuld den schemenhaften, fernen, kosmopolitischen und bürokratischen „Eliten“ zuzuschreiben. (Menschen wie ich zum Beispiel. Als ich am Donnerstag twitterte, dass ich für den Verbleib gestimmt habe, twitterte ein gewisser Andy Keech zurück: „Nie in einem sozialen

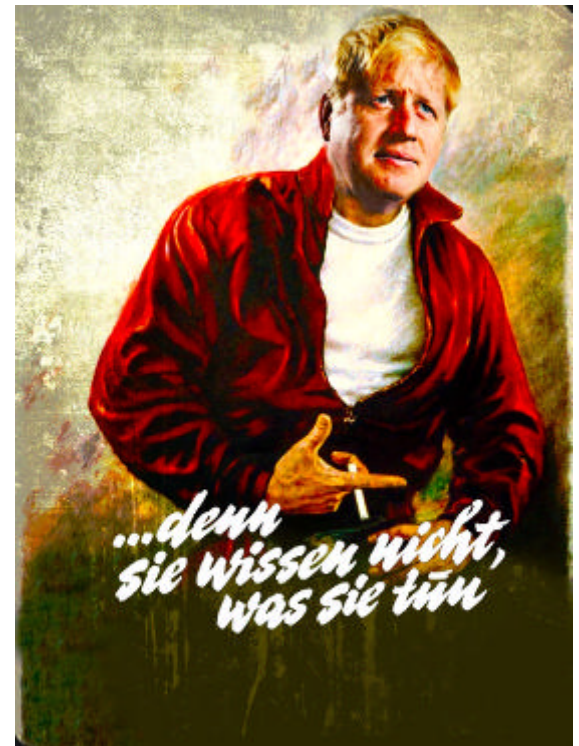
Wohnblock gewohnt, sich nie Sorgen über die nächste Gasrechnung gemacht. #voteleave“.) Boris Johnson ist natürlich ein klassisches Produkt der Elite (Eton, Oxford), aber ihm gelingt die populistische Pirouette zum elitären Elitegegner.

Effizienz eines einfachen Slogans

Nein, das ist kein britischer Exzeptionalismus, sondern eher die britische Variante eines europaweiten und in mancherlei Hinsicht den gesamten Westen betreffenden Phänomens. Vote-Leave-Aktivisten haben ihren Slogan „Take back control“ öfter wiederholt als die Daleks „Eliminieren!“ – weil er tödlich effizient war. „Wir holen uns die Kontrolle zurück!“ ist auch der Ruf von Marine Le Pen, Geert Wilders, der nationalistischen Partei Recht und Gerechtigkeit in Polen – und von Donald Trump. Das ist Trumpkitsch nach europäischer Machart.

Für mich als leidenschaftlichen englischen Europäer ist dies die größte Niederlage meines politischen Lebens. Der Tag nach dem Referendum fühlte sich ungefähr so schlecht an, wie sich umgekehrt der Tag des Mauerfalls gut anfühlte. Ich bin überzeugt, er ist ein Vorzeichen für das Ende des Vereinigten Königreichs. Eine Mehrheit der Engländer und Waliser hat Schottland mit sich aus der europäischen Gemeinschaft gerissen, in der die Mehrheit der Schotten gerne geblieben wäre. Dieses Ergebnis bedroht auch den schwer erkämpften Frieden und Fortschritt in Irland. Was wird aus der 300 Meilen langen offenen Grenze zwischen der Republik und Nordirland werden?

Meine Heimat, England, hat sich als ein Haus erwiesen, das innerlich gespalten ist: London und der Rest, Reich und Arm, Jung und Alt (fast 75 Prozent der unter 25-Jährigen haben für den Verbleib gestimmt). Es war ein schwarzer Freitag für die eine Hälfte Englands, Unabhängigkeitstag für die andere. Wir werden jahrelang den wirtschaftlichen Preis dafür bezahlen. Die Kosten wer-



den besonders die weniger Wohlhabenden treffen, die für den Brexit gestimmt haben. Jetzt müssen wir dafür kämpfen, dass England – Shakespeares „land of such dear souls, this dear, dear land“ – kein erbärmlicher, düsterer, kleingeistiger Ort wird. Doch für Europa werden die Auswirkungen womöglich noch schlimmer sein. „Dies ist keine Krise der Europäischen Union“, versicherte Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, im Nachrichtenprogramm „Today“ von BBC Radio 4. Welch aberwitzige Täuschung der Selbsteinschätzung! Dies ist eine massive Krise für die EU, eine der schwersten in ihrer Geschichte! Le Pen, die derzeit die Agenda der französischen Politik bestimmt, twitterte „Sieg der Freiheit“ und rief nach einem französischen Referendum. Geert Wilders forderte ein niederländisches Votum, und der Vorsitzende der italienischen Lega Nord fügte noch hinzu: „Jetzt sind wir dran!“. Ganz im Sinne Nigel Farages begrüßen sie einen „Frühling des Patriotismus“. Immer mehr Meinungsumfragen zeigen, dass zwischen einem Drittel und der Hälfte der Bevölkerung vieler europäischer Länder das „britische“ Misstrauen gegenüber der EU teilen. Wenn wir »

aus dieser Abfuhr keine Lehren ziehen, könnte der 23. Juni 2016 der Anfang des Endes der EU sein.

Wladimir Putin wird sich schadenfroh die Hände reiben. Die unzufriedenen Engländer haben heute nicht nur dem Westen, sondern auch den Idealen der internationalen Zusammenarbeit, der liberalen Wirtschaftsordnung und der offenen Gesellschaft einen schweren Schlag versetzt.

„Besiegt zu werden und dennoch nicht aufzugeben, ist der wahre Sieg“, sagte einst der polnische Unabhängigkeitsheld der Zwischenkriegszeit Józef Piłsudski. „Zu siegen und sich auf seinen Lorbeeren auszuweichen, ist die eigentliche Niederlage.“ Wir englische Europäer müssen anerkennen, dass wir eine Niederlage erlitten haben, aber wir werden nicht aufgeben. Schließlich waren 48 Prozent der Wähler in diesem Referendum auf unserer Seite.

Tonnen von Zeitungspapier und Gigabytes digitalen Speicherplatzes werden in den kommenden Wochen und Monaten dem strengen Prozedere gewidmet werden, mit dem das Vereinigte Königreich aus der EU herausgelöst wird. Wie alle Experten – von den Austrittsbefürwortern belächelt – vorhergesagt haben, wird dieser Prozess langwierig, kompliziert und schmerzhaft.

Ich beschränke mich derzeit auf persönliche Betrachtungen. Für mich als unbekehrbaren englischen Europäer sehe ich für die nahe Zukunft zwei Aufgaben, die in einem gewissen Spannungsverhältnis stehen. Einerseits müssen wir jetzt, da das Volk sich entschieden hat, alles daransetzen, den Schaden für dieses Land zu beschränken. Und wenn sich herausstellt, dass „dieses Land“ seinen Weg ohne Schottland fortsetzt, so möge England das Land von Charles Dickens und George Orwell sein und nicht das von Nigel Farage und dem rechtsextremistischen Nick Griffin. Da wir in bestem Glauben vorhergesagt haben, dass der Brexit katastrophale Folgen haben werde, liegt es nun an uns sicherzustellen, dass wir nicht recht behalten. Was wäre ich froh, wenn ich nicht recht behielte.

Andererseits müssen wir als Europäer alles dafür tun, um sicherzugehen, dass die



ZUR PERSON

TIMOTHY GARTON ASH ist Historiker, Publizist und Schriftsteller. Unter anderem ist er Kolumnist für den *Guardian*. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Gegenwartsgeschichte Europas. Der Brite hat darüber hinaus die Website free-speechdebate.com ins Leben gerufen.

Europäische Union ihre Lektion aus diesem schmerzlichen Rückschlag lernt, dessen Ursprung eher in der neueren europäischen denn in der früheren britischen Geschichte liegt. Denn sollten die EU und die Eurozone unverändert bleiben, werden sie von Tausenden kontinentaleuropäischen Versionen von Farage überschwemmt werden. Trotz ihrer Schwächen ist die Union es noch immer wert, gerettet zu werden. Ich stehe zu meiner Abwandlung der Bemerkung des großen englischen Europäers Winston Churchill zur Demokratie: Dieses Europa ist das schlechteste aller Europas, ausgenommen alle anderen.

Es droht ein Nachahmereffekt

Aber, und hier liegt das Dilemma, was das Beste für Großbritannien ist, ist möglicherweise nicht das Beste für den Rest der EU und andersrum. Denn wenn die Austrittsbefürworter mit ihrem leichtsinnigen Versprechen recht bekommen, Großbritannien könne alle wirtschaftlichen Vorteile der EU-Mitgliedschaft haben ohne die Nachteile – unbeschränkter Zugang zum EU-Binnenmarkt ohne Personenfreizügigkeit, um nur ein Beispiel zu nennen – dann werden ihre französischen, niederländischen und dänischen Pendant sicher ausrufen: „Wir wollen das auch!“ Schließlich würde sich jeder gerne nur die Rosinen aus dem Kuchen

picken. Daraus ergibt sich eindeutig die politische Logik, den Brexit für Großbritannien sichtlich schmerzhaft zu gestalten, um andere nicht auf dumme Gedanken zu bringen. Es würde mich sehr überraschen, wenn nicht einige unserer französischen und anderen Partner dieser Logik folgen würden. Tatsächlich werden in Brüssel Forderungen laut, dass Großbritannien erst die zweijährigen Austrittsverhandlungen abschließen müsse, bevor man sich überhaupt über Handels- oder Investitionsbeziehungen unterhalten wolle.

Und so stehen sich nun die zwei Seelen in meiner Brust in diesem Konflikt gegenüber – die englische und die europäische. Ich werde wie alle anderen Briten – oder zumindest die Engländer, Waliser und Nordiren, sollten die Schotten Reißaus nehmen – rein rechtlich gesehen ab 2018 oder 2019, wenn die Austrittsverhandlungen beendet sind, kein EU-Bürger mehr sein. Aber genau wie Großbritannien immer ein europäisches Land sein wird, werde ich, komme, was da wolle, ein Europäer bleiben.

Unter den vielen Nachrichten, die ich von Freunden auf dem Kontinent erhielt, hat mich eine besonders berührt. Sie kommt von einem französischen Intellektuellen und lautet: „Ce n'est qu'un au revoir, mes frères/Ce n'est qu'un au revoir.“ Darunter schrieb er: „Wir lieben England, wirklich!“ ●



„Es wird ein Exodus einsetzen“

Der Ökonom **DENNIS SNOWER** erklärt die Folgen des Brexit und sagt, warum seine Tochter sich jetzt für ihr Land schämt.

Herr Snower, Sie als Amerikaner haben 25 Jahre lang in London gelebt. Hat Sie das Nein der Briten zu Europa überrascht?

Sehr. Ich wusste, dass es knapp werden könnte. Aber ich habe geglaubt, in Zeiten großer Unsicherheit entscheiden sich die Wähler für den Status quo. Meine Tochter hat als gebürtige Londonerin einen britischen Pass. Sie sagte am Freitagmorgen: Bisher war ich stolz, Britin zu sein. Jetzt schäme ich mich.

Sie selbst würden sich auch schämen?

Für einen Amerikaner ist das eine theoretische Frage. Ich staune, dass sich die Mehrheit der Briten von Lügner überzeugen

ließ. Boris Johnson fuhr mit einem Bus durchs Land, auf dem geschrieben stand: Großbritannien zahlt jede Woche 350 Millionen Pfund nach Brüssel. Er wusste, dass das nicht stimmt. Er hat die EU mit dem Hitlerreich verglichen. Er hat für seine Kampagne 600.000 Pfund von einer rechtsradikalen Partei bekommen. Das alles hat den Wählern offenbar nichts ausgemacht.

Wer trägt daran die Schuld?

Wenn Sie es auf eine Person konzentrieren wollen: David Cameron. Im letzten Jahrhundert hat noch kein Premierminister so viel Schaden angerichtet wie er. Die Ankündigung eines Referendums war weder im

Sinne Europas noch im Sinne Großbritanniens, auch nicht im Sinne der Konservativen Partei. Das war einfach nur das persönliche Kalkül, die zurückliegende Unterhauswahl zu gewinnen. Jetzt ist es schiefgegangen. Er wird hoffentlich schlecht schlafen.

Hat die deutsche Kanzlerin mit ihrer Flüchtlingspolitik die Europaskepsis der Briten noch geschürt?

Das ist doch nur ein Vorwand! In der britischen Debatte um vermeintlich unkontrollierbare Menschenströme werden Asylrecht und Arbeitsmigration vermengt. Beim Asylrecht muss man sagen, dass Großbritannien nur sehr wenige Flüchtlinge aufgenommen hat. Bei der Arbeitsmigration war das Land sehr viel großzügiger als andere EU-Staaten, auf vollkommen freiwilliger Basis. Es hat auch sehr davon profitiert. Nur dass der gesellschaftliche Zusammenhalt damit nicht Schritt hielt. Die Schuld hat man auf die EU abgewälzt.

Inwiefern?

In vielen Industrieländern fühlen sich die Menschen nicht an dem Wohlstand beteiligt, den die Globalisierung geschaffen hat. Viele Leute haben davon sehr profitiert, aber das Einkommen breiter Bevölkerungskreise ist über die vergangenen Jahrzehnte kaum gestiegen. In Großbritannien waren es deshalb vor allem ältere, wenig gebildete Leute, die den populistischen Politikern folgten.

Was ist Ihre Antwort?

Wir haben auf die Gefahren des britischen Austritts hingewiesen, aber nicht genügend auf die Stärken Europas. Der Binnenmarkt schafft Wohlstand. Die Europäische Union erzeugt Sicherheit, was angesichts der Weltlage nötiger ist denn je. Und sie steht für Werte: Demokratie, Freiheit, Fairness, Toleranz. Darum beneiden uns viele Menschen auf der Welt. Außerdem haben wir die soziale Marktwirtschaft. Den marktwirtschaftlichen Teil haben wir gut vorangetrieben. Aber sozial sind wir nicht richtig »

weitergekommen. Wir müssen das Zugehörigkeitsgefühl der Bürger stärken.

Was meinen Sie damit? Rufen Sie nach mehr Sozialstaat?

Zunächst geht es darum, dass Europäer mehr Kontakt zueinander bekommen, durch mehr gemeinsame Bildung, Beschäftigungschancen und kulturellen Austausch über Staatsgrenzen hinweg. Auf der ökonomischen Ebene geht es weniger darum, Geld umzuverteilen. Das erzeugt bei den Empfängern nur weitere Hilflosigkeit. Wir sollten versuchen, Arbeitslose und Geringqualifizierte mit gezielten Anreizen zu fördern.

Wer wird durch den Brexit verlieren, wer wird gewinnen?

Verlierer wird es viele geben. Die britische Wirtschaft wird weniger stabil sein und weniger Schlagkraft haben. Wir haben zwei Jahre mit Verhandlungen und großer Unsicherheit vor uns. Unsicherheit ist ein Gift für die Wirtschaft. Der britische Finanzsektor wird etwas ausbluten. Ausländische Unternehmen werden sich ein anderes Hauptquartier suchen. Politisch wird man Großbritannien nicht mehr so ernst nehmen.

Gibt es gar keine Gewinner?

Gewinner sind die populistischen Politiker, die jetzt für sich einen gewissen Eigennutz erzielt haben – zum großen Teil durch Versprechen, die sie nicht einhalten können.

Auch keine ökonomischen Gewinner?

Das sind alle, die sich vor Wettbewerb fürchten und daher in abgeschotteten Verhältnissen besser zurechtkommen. Die Protektionisten werden feiern, vor allem in Großbritannien.

Wird es dem Finanzplatz Frankfurt nutzen, dass London nicht mehr in der EU liegt?

London wird geschwächt sein. Nur wäre es ein Trugschluss zu denken, dass diese ganzen Geschäfte nach Frankfurt wandern. Sie gehen in andere europäische Länder, aber auch nach New York und Hongkong. Den Schaden hat Europa als Ganzes.



Viel Industrie gibt es in Großbritannien nicht mehr. Dem Export kann der Brexit kaum schaden, oder?

Oh doch! Heute können Sie zwischen Industrie und Dienstleistungen gar nicht klar trennen. Die OECD sagt mittelfristig einen Einbruch des britischen Sozialprodukts zwischen fünf und acht Prozent voraus. Das ist gewaltig.

Könnte der Verfall des Pfundes die Wirtschaft wieder ankurbeln?

Das Pfund ist doch gefallen, weil die Anleger den wirtschaftlichen Absturz fürchten. Daraus einen positiven Faktor zu machen wäre abenteuerlich. Aus dem schwachen Pfund wird sich kein Gewinn ziehen lassen.

Was ist mit dem Arbeitsmarkt: Brauchen die Briten den vielgescholtenen polnischen Klempner?

Und ob. Gesellschaften profitieren von dynamischen, hart arbeitenden Migranten. Trotzdem sagen viele Briten: Wir wollen unser Land zurück. Das sind zwei Dinge, die

parallel laufen – ohne dass sie in Verbindung gebracht werden.

Was geschieht mit den Start-ups und der IT-Szene in London?

Auch dieses Segment kann nur verlieren. Für viele Unternehmer war London eine Brücke von Amerika nach Europa. Für eine kleine Insel außerhalb der EU wird es weniger rosig aussehen.

Wenn auch noch Schottland das Vereinigte Königreich verlässt, was würde das wirtschaftlich bedeuten?

Von „Groß“-Britannien könnte man nicht mehr reden. Das beeinflusst das Selbstbewusstsein und die Zuversicht. Die britischen Unternehmer waren immer stolz auf die Dynamik des Landes. Damit ist es dann vorbei.

Umgekehrt gefragt: Was bedeutet der Brexit für die Wirtschaft der EU?

Das hängt von den politischen Entscheidungen ab: Wie gehen wir mit dem zukünftigen europäischen Markt um? Wollen wir eine

ZUR PERSON

DENNIS SNOWER, 65, ist seit 2004 Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel – eines der führenden deutschen Wirtschaftsfor-
schungsinstitute – und Professor an der Chris-
tian-Albrechts-Universität Kiel. Der gebürtige
US-Amerikaner gilt als einer der profiliertesten
Ökonomen hierzulande. Zu seinen For-
schungsschwerpunkten gehören Arbeitsmärk-
te und Beschäftigungspolitik. Snower ist zu-
dem Initiator und Präsident des Global Econo-
mic Symposium, das internationale
Entscheider aus Wirtschaft, Wissenschaft,
Politik und Gesellschaft zusammenbringt, um
Lösungsvorschläge für globale Probleme zu
entwickeln.

Union, die eher protektionistisch agiert?
Deutschland bestimmt nicht, aber das wird
ohne Großbritannien schwieriger. Die Euro-
länder wissen inzwischen, dass für eine
gemeinsame Geldpolitik eine gemeinsame
Fiskalpolitik notwendig ist – und eine gemein-
same Strukturpolitik, damit die Wettbewerbs-
fähigkeit nicht zu sehr auseinanderdriftet. Da
gibt es einen Angleichungsprozess unter den
Eurostaaten, der von anderen Mitgliedslän-
dern gar nicht wahrgenommen wird.

Werden jetzt weitere Länder über einen Austritt abstimmen?

So einen Effekt kann es geben. Wir können
das nur verhindern, wenn wir an den ver-
nachlässigten Teilen des europäischen
Projekts arbeiten.

Und zwar?

Wir müssen das Zugehörigkeitsgefühl stär-
ken. Ich schlage vor, eine europäische Sozial-
versicherungsnummer einzuführen. Das
hätte schon mal Symbolkraft. Das würde
Hoffnungen wecken, dass zukünftig erwor-
bene Ansprüche von einem Land auf das
andere übertragen werden können. Das
würde die Arbeitsaufnahme in einem ande-
ren Land enorm erleichtern, und es wäre für
jeden Bürger im Alltag erfahrbar.

Genau die Sozialleistungen für EU-Ausländer waren doch ein zentrales Argument der Brexit-Kampagne?

Darum geht es doch gerade! Mit dem neuen
Ausweis könnte ich meine eigenen Ansprü-
che mitbringen und wäre nicht darauf
angewiesen, im Gastland irgendwelche
Almosen abzuholen.

Trotzdem fühlen sich die Brexit-Befürworter von Brüssel bevormundet.

Fälschlicherweise. Alle Studien sagen: Groß-
britannien ist eines der am wenigsten regu-
lierten Länder der Welt – und zwar jetzt, als
EU-Mitglied. Wo da die Bevormundung
liegen soll, kann ich nun wirklich nicht erken-
nen. Mit der Realität hat das nichts zu tun.

Wie gehen britischer Liberalismus und die Sehnsucht nach Protektionismus zusammen?

Das eine hängt mit dem anderen zusammen.
Man hat die Marktwirtschaft vorangetrieben,
sich um Ängste und soziale Spannungen
aber weniger gekümmert als in anderen
Ländern. Das gesellschaftliche Fundament
der Wirtschaft ist in Großbritannien
zusammengebrochen. Dadurch stehen wir
heute vor dem Phänomen eines Landes, das
den Markt sehr schätzt, wo aber aus der
Gesellschaft ein hoher Druck in Richtung
Protektionismus kommt.

Was bedeutet die Phase der Unsicherheit während der Verhandlungen über den Austritt?

Es wird ein Exodus einsetzen, viele Unter-
nehmen werden sich zurückziehen und
andere Hauptquartiere suchen. Es wird viel
geschehen, was sich hinterher kaum rück-
gängig machen lässt. Unsicherheit prägt das
Investitions-, Konsum- und Sparverhalten,
auch die Einstellungspolitik der Firmen.

Wohin werden die Gespräche führen? Wird es einen Assoziierungsvertrag geben wie mit der Schweiz oder Norwegen?

Ich kann mir jedenfalls kaum vorstellen, dass
man großzügiger sein wird als gegenüber
Norwegen und der Schweiz. Den Zugang
zum europäischen Binnenmarkt wird Groß-
britannien nicht bekommen, wenn es nicht
alle regulatorischen Rahmenbedingungen
und freien Personenverkehr akzeptiert
sowie Geld an die EU überweist. Norwegen
zahlt pro Kopf etwa 95 Prozent der briti-
schen Beiträge. All das, wogegen die Brexit-
Befürworter gestimmt haben, werden sie
akzeptieren müssen. Ich fürchte, das ist
diesen armen Menschen noch nicht ganz
bewusst.

In den Verhandlungen wird dieses Bewusst- sein aber wachsen?

Wer weiß, wie den britischen Wählern dann
zumute ist und ob sie sich den Austritt nicht
noch mal überlegen wollen.

Etwa mit einem neuen Referendum?

Das würde ich nicht ausschließen. Die
Leute haben ihre Stimme mit gewissen
Erwartungen abgegeben. Wenn sich nach
zwei Jahren herausstellt, dass sich diese
Erwartungen nicht erfüllen lassen, und die
britische Wirtschaft einbricht – dann wäre
es nur fair, den Wählern eine zweite Chance
zu geben.

Das Interview führten Ralph Bollmann und Inge Kloepper.

*Es ist zuerst erschienen am 26. Juni 2016 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Alle Rechte vorbehalten.
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.*



Den Binnenmarkt nicht kaputtreden!

Die EU ist auf gutem Wege, die Folgen der globalen Finanz- und der Euro-Schuldenkrise zu überwinden – auch dank der guten wirtschaftlichen Entwicklung der Briten. // TEXT // **DIRK HEILMANN**

Die vorherrschende Erzählung in der Debatte um die Lage in der EU ist, dass ein von Berlin diktiert und von Brüssel exekutiertes erbarmungsloses Sparregime den Kontinent wirtschaftlich unterjocht und nationale Regierungen daran hindert, den Armen und Arbeitslosen zu helfen und die Wirtschaft anzukurbeln. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel fordert, das Sparregime zu beenden und Europa zu „entgiften“. Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Sahra Wagenknecht, verlangt ein „Ende des Spar-diktats“, einen „sozialen Neustart“ der EU und ein „massives Anti-Krisen-Programm“, finanziert von der EZB.

Doch ein unbefangener Blick in die Datenbank der EU-Statistikbehörde Eurostat fördert Zahlen zutage, die so gar nicht zu den Untergangsszenarien zumeist linker Politiker und der Wahrnehmung vieler Menschen passen.

Denn die Zahlen zeigen, dass die EU als Wirtschaftsblock – bislang auf Datenbasis einschließlich Großbritannien – auf gutem Wege ist, die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der Euro-Schuldenkrise zu überwinden. Sie zeigen auch, dass die wirtschaftlichen Probleme eher struktureller Natur als eine Folge fehlender

Staatsnachfrage sind und nur einige, wenn auch wichtige EU-Länder betreffen.

In den vergangenen zehn Jahren ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU trotz der diversen Krisen um insgesamt 20 Prozent auf 14,6 Billionen Euro gestiegen. Das BIP pro Kopf stieg nur geringfügig langsamer, um 17 Prozent auf 28.700 Euro. Im Vergleich zu einem BIP-Anstieg von 30 Prozent in den USA in der gleichen Zeit ist das kein berauschendes Ergebnis, aber auch kein katastrophales.

Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 8,2 auf 9,4 Prozent. Sie stieg in 15 EU-Staaten, blieb in acht Staaten fast unverändert und sank in fünf Ländern. Gleichzeitig ist jedoch die Anzahl der Erwerbstätigen in der EU um knapp sechs Millionen auf 228 Millionen gestiegen. Dies ist auf eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen zurückzuführen.

In 16 EU-Staaten sind heute mehr Menschen erwerbstätig als vor zehn Jahren. Auf Europas Arbeitsmarkt konzentrieren sich die Probleme auf wenige Staaten, allen voran Griechenland und Spanien, wo die Quote noch immer über 20 Prozent liegt.

Selbst die Jugendarbeitslosigkeit geht insgesamt in der EU zurück. Der Anteil junger Menschen zwischen 15 und 24 Jahren,

die weder einen Arbeitsplatz haben noch sich in Ausbildung befinden, schrumpfte in den vergangenen zehn Jahren in der gesamten EU sogar leicht von 12,7 auf zwölf Prozent. Dieser Anteil stieg in 15 EU-Staaten und sank in 13 Staaten. Er ist in Griechenland, Italien und Spanien, aber auch in Bulgarien und Kroatien sehr hoch. Hier droht in einzelnen Ländern tatsächlich eine „verlorene Generation“ heranzuwachsen, aber keinesfalls in ganz Europa.

Thema soziale Ungleichheit und Armut: Die durchschnittlichen Nettoeinkommen der EU-Bürger sind von 2006 bis 2014 um 24 Prozent gestiegen – also stärker als das BIP. Die Anzahl der Armutsgefährdeten stieg im gleichen Zeitraum um fünf Prozent. Ebenfalls ist eine leichte Zunahme der Ungleichheit zu konstatieren: Der Anteil der unteren 40 Prozent der Einkommensbezieher am gesamten EU-weiten Nettoeinkommen sank in dieser Zeit leicht von 21,6 auf 20,9 Prozent, der der oberen 40 Prozent stieg von 60,8 auf 61,6 Prozent.

Die mittleren 20 Prozent beziehen unverändert 17,5 Prozent der gesamten Nettoeinkommen. In der EU geht es also ungleicher zu als vor zehn Jahren, aber von einer dramatischen Entwicklung kann insgesamt keine Rede sein.



Entwicklung wichtiger Wirtschaftsdaten in den vergangenen zehn Jahren

Bruttoinlandsprodukt

+20 %

auf 14,6 Bill. Euro



Staatsausgaben

+21 %

auf 6,7 Bill. Euro



Nettoeinkommen

+24 %

auf 18.167 Euro



Die Staatsausgaben in der EU sind von 2006 bis 2014 um 21 Prozent auf 6,73 Billionen Euro gestiegen – also etwas stärker als das BIP in der gleichen Zeit. Sie sind in allen Ländern gestiegen – außer in Griechenland, wo sie um neun Prozent zurückgingen.

Das hochverschuldete Belgien etwa hat seine Staatsausgaben um 40 Prozent angehoben, ohne dass ihm ein EU-Sparkommissar in den Arm gefallen wäre. In Frankreich stiegen sie um 26 Prozent, in den Krisenländern Irland und Spanien um je 20 Prozent. Von einem brutalen Spardiktat ist in diesen Zahlen nicht viel zu erkennen.

Dieser Faktencheck soll keineswegs relativieren, dass vor allem viele Griechen, Spanier, Iren, Portugiesen und Zypriener harte Zeiten durchlebt haben und noch weiter durchleben. Er zeigt aber auch, dass sich Europas Probleme auf einzelne Staaten und Regionen konzentrieren und darum spezifische Antworten brauchen. Es wäre also grundfalsch, ausgerechnet wenn mühsam eingeleitete Reformen zu greifen beginnen und sich die Wirtschaft in den Krisenländern allmählich erholt, alle fiskalischen Regeln über Bord zu werfen und EU-weit massive Konjunkturprogramme aufzulegen, die weitgehend über Schulden finanziert werden.

Vor allem sollten die Europäer aufhören, ihren europäischen Binnenmarkt, einen der drei größten Wirtschaftsblöcke der Welt, bei internationalen Investoren madigzumachen. Damit spielen sie nur den Populisten in die Hände, die die Europäische Union zerbrechen sehen wollen. ●



DIRK HEILMANN ist Geschäftsführender Direktor des Handelsblatt Research Instituts und seit 2009 Chef-Ökonom des Handelsblatts. Zuvor berichtete er für die Zeitung vier Jahre lang von London aus über Großbritannien.

heilmann@handelsblatt.com



Der lange Weg zum Brexit

Nach dem EU-Referendum der Briten zeigt sich: Noch gibt es überhaupt keinen konkreten Fahrplan für den Brexit.

// TEXT // NICOLAI VON ONDARZA

Der Europäischen Union droht eine längere Phase der Unsicherheit. Denn bevor Großbritannien mit dem Einstieg in den Ausstieg beginnen kann, muss die Regierung stellvertretend für das Land einen Austrittsantrag stellen. Dass sie damit wartet, hat nur nachrangig mit dem politischen Chaos in Großbritannien zu tun. Eine Aktivierung der Austrittsklausel bringt Großbritannien in eine schlechtere strategische Position. Liegt der Antrag auf dem Tisch, beginnt die Frist von zwei Jahren zu laufen. Am Ende wird Großbritannien im schlechtesten Fall ohne Einigung auf einen Austrittsvertrag komplett vom Binnenmarkt der Europäischen Union abgekoppelt.

Ab dem Beginn der formellen Notifizierung stünde London somit unter Zeitdruck. Die neue britische Premierministerin Theresa May hat daher bereits deutlich gemacht, den richtigen strategischen Moment abzuwarten, um Artikel 50 der EU-Verfassung zu aktivieren – und fordert Vorverhandlungen

mit der Gemeinschaft. Doch genau das lehnen die Staats- und Regierungschefs der verbliebenen 27 EU-Länder ab. Erwartet werden kann vor diesem Hintergrund ein Machtspiel zwischen der EU und der neuen britischen Regierung, das bis weit in das kommende Jahr reichen dürfte.

Harte Verhandlungen stehen bevor

Wird dann der Austrittsantrag gestellt, fangen die wirklich schwierigen Verhandlungen erst an. Denn es sind zwei unterschiedliche Verträge notwendig. Zunächst einmal ein Austrittsvertrag, der die Übergangsbestimmungen regelt – wie zum Beispiel den Umgang mit EU-Bürgern in Großbritannien. Ein solcher Austrittsvertrag ist realistischerweise in zwei Jahren durchaus verhandelbar. Gefordert ist aus beiderseitigem Interesse aber auch eine Einigung über die zukünftige wirtschaftliche und politische Neuanbindung. Dies könnte über ein Assoziierungsabkommen oder den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) geregelt

werden. Der Vertrag zur Neuanbindung aber müsste auch in den nationalen Parlamenten wie etwa dem Bundestag ratifiziert werden. Das bedeutet in der Konsequenz: längere Verhandlungen entlang harter Interessensunterschiede. Ein Vergleichsmaßstab dafür sind die erweiterten Freihandelsabkommen TTIP und CETA, die derzeit verhandelt werden. Beide Abkommen sind nach jahrelangen Verhandlungsrunden weit von einer Einigung beziehungsweise Ratifikation entfernt.

Zwei strategische Entscheidungen stehen somit in den Gesprächen mit den Briten an: zum einen, ob die beiden genannten Verträge parallel verhandelt werden sollen. Zu erwarten ist, dass Großbritannien darauf dringen wird, um die wirtschaftlichen Folgen begrenzt zu halten. Aber auch wirtschaftlich eng mit den Briten verbundene Mitgliedsstaaten wie die Niederlande, Irland und Deutschland dürften diese Lösung bevorzugen. Allerdings bliebe Großbritannien dann bis zum Inkrafttreten der deutlich länger zu verhandelnden Neuanbindung Mitglied der



EU – mit allen Vetorechten. Brüssel drängt daher auf nacheinander geordnete Verhandlungen – und darauf, Großbritannien in der Zeit zwischen Inkrafttreten des Austrittsvertrags und der Neuanknüpfung die wirtschaftlichen Kosten des Austritts vor Augen zu führen.

Freizügigkeit ist Konfliktthema

Zum anderen müssen sich die verbleibenden EU-Staaten einigen, welchen wirtschaftlichen Zugang sie Großbritannien zum Binnenmarkt zugestehen wollen. Auch hier deuten sich bereits Konfliktlinien an: Nach der vor allem um Migration geführten Kampagne der Brexit-Befürworter versprechen die EU-Gegner den britischen Bürgern Zugang zum Binnenmarkt, ohne gleichzeitig Freizügigkeit zu gewähren. Die EU hat jedoch bereits klargemacht: Eine volle Aufrechterhaltung des gemeinsamen Markts ist nur mit allen vier Freiheiten möglich.

Zuletzt stellt sich mit dem Brexit-Votum auch die Frage nach der weiteren Zukunft

der EU. Die Briten haben ein Misstrauensvotum gegen die Union ausgestellt und sind dabei Argumenten gefolgt, die mittlerweile in vielen EU-Staaten Resonanz finden: Begrenzung von Migration, Misstrauen in die politischen Eliten, der Schutz nationaler Souveränität und Identität. Bereits kurz nach dem Votum haben Populisten wie Marine Le Pen (Frankreich), Geert Wilders (Niederlande) und Norbert Hofer (Österreich) eigene Austrittsreferenden für ihre Länder gefordert. In Frankreich und den Niederlanden wird 2017 gewählt. Die Präsidentschaftswahl in Österreich muss im kommenden Oktober wiederholt werden. Einziger Lichtblick mag sein, dass das politische Chaos und die wirtschaftliche Unsicherheit in Großbritannien allen Beteiligten bislang eher die Kosten des Austritts verdeutlicht haben, als zur Nachahmung zu animieren.

Auf der anderen Seite kommt die Frage einer weiteren Reform der EU mit Nachdruck auf die Tagesordnung. Nach mehr als sechs Krisenjahren bleiben Eurozone und

Schengenraum instabile Systeme, deren Konstruktionsdefizite deutlich geworden sind. Die Antworten aus Brüssel und weiteren nationalen Hauptstädten auf das Brexit-Votum waren bislang strukturkonservativ geprägt – unvereinbar stehen sich Rufe nach mehr Europa aus Brüssel und Rückkehr zum Nationalstaat etwa aus mittel- und osteuropäischen Hauptstädten gegenüber. Das Brexit-Votum wird die bestehenden Verwerfungen über die Zukunft der EU weiter verstärken. Trotz oder gerade wegen des britischen Warnrufs sind daher auch bei den Debatten über die Zukunft der EU eher weitere Blockaden als ein europäischer Neustart zu erwarten. ●



NICOLAI VON ONDARZA ist stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Dort forscht er zu Großbritannien und allem anderen, was Europa zusammenhält. redaktion@libmag.de

LAND IM AUSNAHME-ZUSTAND

Venezuela droht eine humanitäre Katastrophe. Es herrschen Hunger und Elend, weil es selbst an Grundnahrungsmitteln und Medikamenten mangelt. Angesichts des Kollapses ist es nur noch eine Frage der Zeit, wie lange sich Präsident Maduro noch halten kann. // **TEXT** // JULIANE FISCHER



Ein sehr reiches Land, das sich praktisch zu Tode hungert“ – das ist weit mehr als eine drastische Metapher, mit der der Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa auf einer Konferenz in Buenos Aires unlängst Venezuela beschrieb. Die Grundversorgung, der Organismus des Landes, ist zusammengebrochen, im „letzten lateinamerikanischen Staat, der versucht hat, die sozialistische Utopie zu verwirklichen“, sagt er und stellt vereinzelt Fortschritte in Lateinamerika fest, mit zwei großen Ausnahmen: Kuba und Venezuela. Das seien Modelle für niemanden.

Es sind Schauplätze des Verfalls: das Krankenhaus, das einem Lazarett gleicht, der von Hungrigen geplünderte Supermarkt, Caracas' Flughafen Simon Bolívar, an dem niemand mehr ankommt. Die Menschen flüchten. Sechs Prozent der venezolanischen Bevölkerung, also 1,6 Millionen Menschen, sind zwischen 1999 und 2014 emigriert. Das belegt die kürzlich veröffentlichte Studie „Venezolanische Gemeinde im Ausland“ des Soziologen Tomás Páez. Die meisten Venezolaner wandern ausgerechnet in die Vereinigten Staaten aus – zum Erzfeind der sozialistischen Führung. Es sind vor allem junge Leute mit guter Ausbildung, die das Land verlassen. Von mehr als 12.000 geflüchteten »



Heimliche Machthaber: Venezuelas Präsident Nicolás Maduro (kl. Bild) nutzt das Militär für seinen Machterhalt. Die Armee ist mitverantwortlich für die Krise, denn viele Offiziere haben sich im Drogen- und Ölhandel bereichert.

Foto: FEDERICO PARRA/AFP/Getty Images; Bloomberg/Getty Images



Ärzten erzählt Vladimir Chelminski. Er ist Analyst bei CEDICE Libertad, dem Zentrum für die Verbreitung von Wissen für Wirtschaftsfreiheit. „Sie haben Angst, hier zu leben. Im Spital zu arbeiten ist besonders gefährlich. Außerdem ist der Lohn für Staatsangestellte, wie Ärzte es sind, niedrig.“ Besonders frustrierend ist aber, dass ihnen die Mittel fehlen, um den Kranken zu helfen. Das macht viele Ärzte selbst psychisch krank.

Ähnlich desolat sieht die Versorgung mit Konsumgütern aus. Selbst an Grundnah-

„Unser Land hatte einst einen hohen Lebensstandard, jetzt ist es zum Bettler geworden“, sagt Chelminski. Venezuela, das in den vergangenen 20 Jahren systematisch abgewirtschaftet wurde, sei eine Laborstation für die Welt, meint er. Seine Heimat sei ein kommunistisches Land. „Sie nennen sich nicht Kommunisten, aber der von Chavez ausgerufene Sozialismus des 21. Jahrhunderts hat ‚Communist Style‘“. Das sei „nicht hundertprozentig kopiert von der Sowjetunion, aber nahe dran“.

Leere Regale: Die galoppierende Inflation lähmt die Wirtschaft des Landes. Selbst Grundnahrungsmittel wie Eier und Milch sind knapp.



runngsmitteln mangelt es. Mehl, Zucker, Milch und Eier sind besonders knapp. Sie kann sich auch kaum noch jemand leisten angesichts täglich steigender Preise. Die Käufer sind in der Inflationsspirale gefangen.

Derweil laufen in der venezolanischen Zentralbank die Notenpressen auf Hochtouren. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert, dass die Inflation 2016 in Venezuela auf astronomische 700 Prozent steigen wird. Der Wirtschaftsminister des Landes, Luis Salas, ignoriert diese Tatsache. Er schiebt dem „economic war“ die Schuld zu. Und so fällt das Land im Rating des „Economic Freedom of the World Report“ kontinuierlich. 2015 landet es ganz am Ende, wo Angola, Syrien und die Republik Kongo stehen.

Die Regierung meint weiterhin, die Inflation zu kontrollieren und Waren für Arme leistbar zu machen, indem sie Preiskontrollen für immer mehr Produkte einführt. Dabei setzt sie die Preise oftmals weit unter den Produktionskosten an. Folge: Die Unternehmer können es sich nicht leisten, die Produktion aufrechtzuerhalten, oder sie schließen gleich ganz. Versorgungsengpässe sind daher programmiert – das kann sich jeder mit einem grundlegenden Verständnis von Ökonomie ausrechnen.

Aktuell liegt der Minimallohn bei 15.051 Venezolanischen Bolívar, umgerechnet 29 Dollar pro Monat, und für Rentner, die keinen Essenszuschlag bekommen, bei gerade einmal umgerechnet 13 Dollar. Auf dem freien Markt kosteten 30 Eier Anfang

Juli 4.000 Bolívar (3,42 Dollar), ein Kilogramm Reis um 2.500 Bolívar (2,14 Dollar). Zwischen 2.000 Bolívar und 4.000 Bolívar kostet ein Gericht ohne Getränk in einem typischen Restaurant für einfache Arbeiter.

Vladimir Chelminski war 24 Jahre lang Geschäftsführer der Handelskammer in Caracas. Trotzdem reicht seine Pension nicht einmal für zwei Tage. Dabei ist er genügsam und hat keine Familie, die er unterstützen muss. Er erzählt von einem befreundeten Priester, der die Eltern warnt: „Ich weiß, eure Kinder können vor Hunger nicht einschlafen, aber bitte gebt ihnen keinen Alkohol.“

Anarchie macht sich breit

Die Menschen sind schon frühmorgens in den Straßen, um Essen zu ergattern. Zur Angst kommt das Gefühl der Straflosigkeit. Die Regierung toleriert die Kriminalität, Plünderungen gehören zum Alltag. Caracas ist zu einer der gefährlichsten Städte der Welt geworden: Schon ein Smartphone kann Anlass sein, gekidnappt oder auf freier Straße erschossen zu werden. Das Observatorio Venezolano de Violencia, die Beobachtungsstelle für soziale Konflikte, schätzt die Zahl der Morde in Venezuela für 2015 auf 27.875. Das sind statistisch gesehen 90 Tötungsdelikte pro 100.000 Einwohner – ein trauriger Rekord in Lateinamerika.

Gleichzeitig blüht der Schwarzmarkt, wo die Preise mindestens zehnmal höher sind als die offiziellen Sätze. Verzweifelt suchen Menschen nach lebensnotwendigen Medikamenten. Doch den Pharmafirmen im Land fehlt es an Rohstoffen. Das Gesundheitssystem ist längst kollabiert. Menschen mit psychischen Erkrankungen fehlt jede Behandlung, HIV-Patienten bekommen nur lückenhafte Medikation, Krebskranke haben keine Chance auf eine Chemotherapie. Nicht einmal einfache Schmerzmittel wie Aspirin sind erhältlich. Folge: Die Sterberate schnellte rapide in die Höhe.

Bei der Malaria, die man verhältnismäßig günstig behandeln kann, verzeichnet Venezuela die höchste Zahl der Erkrankungen seit 1936, vermeldete die Tageszeitung *Noticia al Dia*.

Die Sterberate bei Babys unter einem Monat stieg in den staatlichen Krankenhäusern von 0,02 Prozent im Jahr 2012 auf mehr als zwei Prozent im Vorjahr. Röntgen- und Dialysegeräte funktionieren schon lange nicht mehr. Es fehlt an Seife, Handschuhen und Betten. Die *New York Times* berichtet von Patienten, die in Blutlachen liegen. Bilder der Lazarette aus dem Ersten Weltkrieg drängen sich unweigerlich auf.

Das sieht der Präsident des Landes, Nicolás Maduro, ganz anders. Für ihn ist das Gesundheitssystem Venezuelas das beste der Welt – abgesehen vom Vorbild Kuba natürlich. Was Maduro als Maßnahmen der Wirtschaftsbelebung verkauft, sichert ihm zusätzliche Vollmachten, um „Destabilisierungsversuchen“ zu begegnen. Im Ausnahmezustand hat er praktisch freie Hand. Die nutzt er zum Machterhalt, indem er den Sicherheitskräften Sondervollmachten zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ erteilt. „Die verstärkte militärische Präsenz könnte auch ein Ablenkungsmanöver sein“, meint Hanna Silbermayr, freie Auslandsjournalistin. „Maduro könnte die Bevölkerung überzeugen wollen, dass es einen äußeren oder inneren Feind, nämlich die Opposition, gibt.“ Die will den Präsidenten per Referendum schnellstmöglich absetzen lassen. Die Unterschriften haben sie beisammen, doch Maduro erfindet Ausreden und versucht das Referendum bis 2017 hinauszuzögern. Dann würde laut Verfassung statt seiner der Vizepräsident an die Macht kommen. Ändern würde das nichts.

Und doch scheint das Ende der Ära Maduro nur noch eine Frage der Zeit. „Zusammenhalt in der Opposition, internationaler Druck und das innere Zerbrechen des Chavismus“, nennt Colette Capriles, Professorin für Philosophie und Politikwissenschaft, als entscheidende Faktoren, die für einen Machtwechsel sprechen. „Im Gegensatz zu Chavez ist er eine mittelmäßige Person“, meint Vargas Llosa in einem Interview mit dem *Telegraph*. „Der war nicht kultiviert, sogar ziemlich primitiv, aber mit großer Ausstrahlung. Chavez konnte die Leute verführen. Ich glaube nicht, dass Maduro das kann“, sagt er.



„Lassen Sie uns hoffen, dass es einen friedlichen Übergang zur Demokratie gibt und keinen Bürgerkrieg.“

Literaturnobelpreisträger

Mario Vargas Llosa, der 2008 mit dem Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ausgezeichnet wurde.

Jüngste Umfragen geben ihm recht. Demnach von schwindender Beliebtheit Maduros zu schreiben wäre ein Euphemismus. Zwei Drittel der Venezolaner waren im März der Meinung, Maduro solle seine Präsidentschaft in diesem Jahr beenden. „Lassen Sie uns hoffen, dass es einen friedlichen Übergang zur Demokratie gibt und keinen Bürgerkrieg“, prognostiziert Llosa.

Seine Befürchtung ist, dass das Regime in seinem Todeskampf einen „Selbst-Coup“ startet und das Militär nutzt, um die eigene zivile Regierung zu stürzen. Denn das Militär ist mitverantwortlich für die Krise. Einige Offiziere haben sich mit Drogen- und Ölhandel bereichert und möchten den Status quo verteidigen. Viele spüren aber auch, dass es zu einer Katastrophe kommen könnte, wenn sie Maduro weiter unterstützen. Das sozialistische Regime indes nutzt die dramatische Versorgungslage als Druckmittel, um die

Menschen, die um ihr tägliches Überleben kämpfen, zu disziplinieren. Auf Anweisung der Regierung werden Lebensmittel über Kommunalräte, lokale Parteivertreter und Militärs verteilt. Folge: Wer nicht regierungstreu ist, bekommt nichts und muss auf der täglichen Jagd nach Grundnahrungsmitteln stundenlang in der Schlange stehen.

Die Infrastruktur ist marode

Zu allem Unglück kommen Strom- und Wasserknappheit. So rief ausgerechnet das erdölreichste Land der Welt Anfang des Jahres den Energienotstand aus. Der Wasserpegel des El Guri war damals extrem niedrig. Normalerweise deckt der Stausee 70 Prozent des Strombedarfs. Der Präsident macht das Klimaphänomen El Niño verantwortlich und wittert sogar Sabotageakte von Regierungsfeinden. Schuldige zu (er)finden hat in Venezuela schließlich eine politische Tradition.

Die Stromrationierung hat die Regierung mittlerweile beendet. Ausfälle wird es trotzdem geben, besonders bei jenen, die nicht in der Hauptstadt wohnen. Die Opposition weist auf die bereits seit Jahren marode Infrastruktur und fehlende Investitionen in neue Kraftwerke hin. „Chavez kaufte 63 Kraftwerke von den Kubanern. Sie sollten mit Gas betrieben werden, von dem wir genug haben“, erklärt Chelminski. Aber niemand übernimmt Reparatur und Wartung. Strom könnte man auch mit dem Río Caroni gewinnen. 2008 hat man begonnen, den Staudamm Tocoma zu bauen. „Der hat schon mehr gekostet als der Panamakanal und ist noch immer nicht fertig.“ Man hat keinen Zement, keinen Stahl und keine Maschinen. Und die kubanischen und brasilianischen Firmen lassen sich natürlich auch nicht mehr blicken. In diesem Druckkochtöpf namens Venezuela. ●



JULIANE FISCHER, 28, schreibt meistens in Wien als freie Journalistin und Literaturwissenschaftlerin. Nicht nur als solche ist sie ein großer Fan von Mario Vargas Llosa. Die Situation in Venezuela wird sie nach der Recherche für diesen Artikel mehr als zuvor gespannt verfolgen.
redaktion@libmag.de

„Wir sollten auf den Markt vertrauen“

Daniel Zimmer hat aufgegeben. Nachdem Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel entgegen der Empfehlung der Monopolkommission die Fusion von Edeka und Kaiser's Tengelmann im Frühjahr 2016 erlaubte, trat deren Vorsitzender zurück. Ein Gespräch mit dem Juraprofessor über das so schwierige Verhältnis von Politik und Wissenschaft.

// INTERVIEW // MARCEL BERNDT

Vier Jahre lang hat Daniel Zimmer als Vorsitzender der Monopolkommission den Bundeswirtschaftsminister in Kartellrechtsfragen beraten. Im März ist Zimmer zurückgetreten, als Gabriel entgegen allen Ratschlägen grünes Licht für eine Fusion der Supermarktketten Edeka und Kaiser's Tengelmann gab. Die Sondergenehmigung hat das Oberlandesgericht Düsseldorf mittlerweile gekippt. Die Erlaubnis erweise sich schon nach einer „vorläufigen Prüfung im Eilverfahren als rechtswidrig“, teilte das Gericht mit. Die Richter haben sie deshalb „zunächst außer Kraft gesetzt“, weil sie unter anderem eine mögliche Befangenheit Gabriels sehen.

Herr Professor Zimmer, nachträglich haben die Düsseldorfer Richter Ihre Einwände gegen die Fusion bestätigt. Aber zu dem Zeitpunkt hatten Sie ihr Amt schon niedergelegt. Sind Sie ein schlechter Verlierer?

(lacht) Ob ich ein guter oder schlechter Verlierer bin, müssen die Leute beurteilen, mit denen ich Gesellschaftsspiele spiele. Mir ging es darum, ein Zeichen zu setzen. Wer wissenschaftliche Politikberatung möchte, darf ihr nicht nur dann folgen, wenn sie ins eigene politische Konzept passt.

Musste es unbedingt gleich der Rücktritt sein? Damit haben Sie zugleich Ihre offizielle Einflussnahme aufgegeben.

Wie begrenzt der Einfluss ist, hat sich in diesem Fall ja gezeigt. Ich habe mich gefragt,

wie sinnvoll es ist, meine Beratung weiter auszuüben, wenn sie offensichtlich auf taube Ohren stößt.

Also führen Wissenschaftler gegen Politiker einen Kampf wie gegen Windmühlen?

Die Politikberatung ist und bleibt wichtig, um politische Vorhaben sachlich zu reflektieren. Politiker haben – vor allem im Vorfeld von Wahlen – stets die öffentliche Wirkung ihrer Aussagen und Entscheidungen im Blick. Hier trägt die wissenschaftliche Politikberatung zu einer sachlichen Diskussion bei – indem sie Bewertungen und Stellungnahmen zu anstehenden Politikfragen aus wissenschaftlicher Perspektive abgibt. Damit kann sie einiges leisten.

Noch effektiver wäre es doch, beratende Institutionen zu stärken. Die CDU hat etwa vorgeschlagen, die Empfehlung der Monopolkommission bindend für den Bundeswirtschaftsminister zu machen.

Entgegen dem, was man vielleicht vermuten könnte, gehöre ich zu den Befürwortern des Instruments der Ministererlaubnis. Das Verfahren sorgt für Transparenz und eine klare Verantwortungszuweisung. Wenn sich der Minister über eine Entscheidung des Bundeskartellamts und über ein Votum der Monopolkommission hinwegsetzt, dann

muss er für seine Entscheidung in der Öffentlichkeit geradestehen. Dafür eignet sich am besten ein gewählter Politiker. Die Monopolkommission ist schließlich aus Experten zusammengesetzt, die nicht gewählt sind. Nicht zuletzt sorgt die Trennung von Expertentum und Politik dafür, dass das Bundeskartellamt und die Monopolkommission frei von politischen Einflüssen agieren können.

Welche Interessen lagen bei der Ministererlaubnis für die nun gestoppte Supermarktfusion vor?

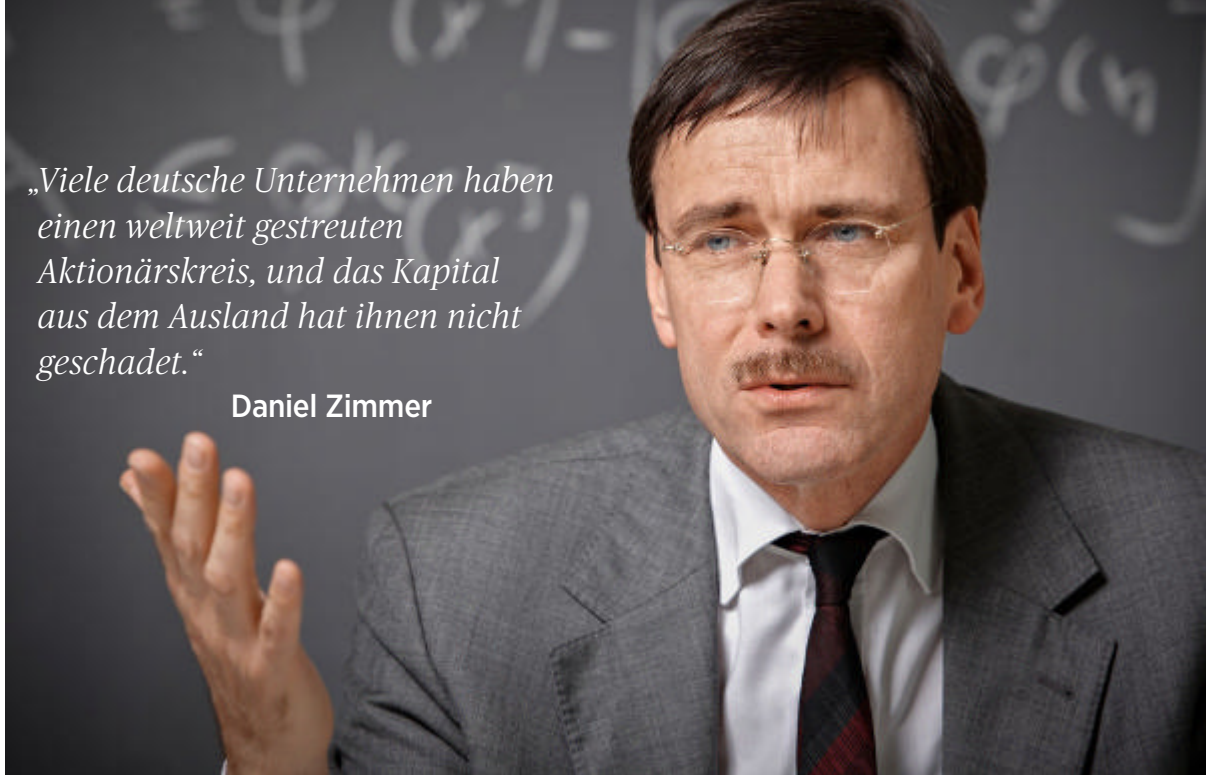
Ich kann nur das Ergebnis wiedergeben. Der Minister hat sich über die Wettbewerbsbedenken hinweggesetzt, mit der Begründung, bestimmte Arbeitsplätze zu sichern.

Das ist doch ein legitimes Ziel, oder?

Aus dem Gesetz ergibt sich allerdings, dass die Ministererlaubnis nur zu erteilen ist, wenn überwiegende Gründe des Gemeinwohls eine Fusion rechtfertigen. Als Gemeinwohl kommen hier nach der Entscheidungspraxis in früheren Fällen nicht bestimmte Arbeitsplätze in Betracht, sondern eine positive Beschäftigungswirkung im Ganzen. Dafür eignet sich diese Ministererlaubnis aber nicht. Im Gegenteil: Wir gehen davon aus, dass sich die Fusion langfristig negativ auf die Beschäftigung im Lebensmitteleinzel-

„Viele deutsche Unternehmen haben einen weltweit gestreuten Aktionärskreis, und das Kapital aus dem Ausland hat ihnen nicht geschadet.“

Daniel Zimmer



handel auswirken wird. Zum einen entsteht schließlich kein größerer Bedarf an Arbeitskräften, nur weil zwei Ketten fusionieren. Und zum Zweiten bestehen gerade zwischen diesen beiden Ketten größere Überschneidungen in den Filialnetzen. Edeka hat deshalb nach der Übernahme größere Anreize zur Schließung von Filialen als andere potenzielle Erwerber der Kaiser's-Tengelmann-Filialen.

Wie ließe sich die Beschäftigungswirkung denn positiv gestalten?

Wir sollten auf den Markt vertrauen. Wenn Unternehmen im Wettbewerb stehen, müssen sie ständig dafür sorgen, dass sie auch tatsächlich wettbewerbsfähig sind – dann werden sie Erfolg haben und können Arbeitsplätze schaffen.

Ist es überhaupt möglich, durch politische Eingriffe den Arbeitsplatzabbau zu verhindern? Schon Gerhard Schröder versuchte, 1999 Arbeitsplätze beim insolventen Bauunternehmen Holzmann zu retten. Dies hat das Ende letztlich nur hinausgezögert. Für mehr als einen Aufschub wird es oftmals nicht reichen. Warum sollten Politiker auch die Lage besser beurteilen können als der Markt oder die Leiter der betroffenen Unternehmen?

Und warum kommt es dann trotzdem immer wieder zu Interventionen?

Weil sich manche Politiker davon Vorteile versprechen. Interventionen zeugen schließlich von Aktivität. So können sie sich als wirtschaftspolitische Patrioten und Kümmerer präsentieren.

Sigmar Gabriel hat sich gegen eine Übernahme des Augsburger Roboterbauers Kuka durch das chinesische Unternehmen Midea ausgesprochen. Ist das richtig?

Der Kuka-Fall erinnert an den von der damaligen Bundesregierung nicht gewünschten Erwerb des deutschen Mobilfunkunternehmens Mannesmann durch Vodafone im Jahr 2000. Immer wieder zeigt sich eine Angst vor Überfremdung, eine wirtschaftspolitische Xenophobie. Dabei haben viele deutsche Unternehmen einen weltweit gestreuten Aktionärskreis, und das Kapital aus dem Ausland hat ihnen nicht geschadet.

Wie lässt sich dann das Verhältnis von Wissenschaft und Politik besser gestalten, um Fehlentscheidungen wie bei Edeka/Tengelmann oder bei Kuka zu verhindern? Das liegt immer an Personen. Es ist wichtig, dass die Beteiligten auf beiden Seiten an einem offenen und konstruktiven Austausch interessiert sind.

War das bei Ihrer Zusammenarbeit mit dem Bundeswirtschaftsminister der Fall?

Zu einzelnen Personen und vertraulichen Gesprächsinhalten möchte ich mich nicht äußern. Es reicht der Hinweis, dass vom Personal und der persönlichen Zusammensetzung der Kreise viel abhängt.

Nun sind Sie aus diesen politischen Kreisen erst mal raus. Wie geht es bei Ihnen beruflich weiter?

Ich habe viele positive Reaktionen auf meinen Rücktritt bekommen. Sie besuchen mich in meinem Universitätsinstitut ...

... und ich sehe Umzugskartons auf Ihrem Schrank ...

(lacht.) Die stehen da schon seit Jahren. Ich bleibe hier und freue mich, wieder stärker meine Aufgaben als Hochschullehrer und Wissenschaftler wahrnehmen zu können. Diese sind während meiner Zeit in der Monopolkommission leider zu kurz gekommen. Daher freue ich mich, seit dem 1. Juli als Research Fellow am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin zu sein. Ich möchte mich vor allem mit neuen Forschungsfragen beschäftigen. Künstliche Intelligenz im Recht ist zum Beispiel ein sehr spannendes Feld. ●

Das Ende von Freiheit und Demokratie?

Als am Morgen des 16. Juli der Putschversuch von Teilen des Militärs in der Türkei gescheitert war, entluden sich die Wut und der Hass der Anhänger von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan auf den Straßen Istanbuls. Auf die ersten Soldaten, die ihre Waffen niedergelegt hatten, prügelte die aufgebrachte Menge mit unfassbarer Härte ein. Dabei ist bis heute weitgehend ungeklärt, ob die Armeeingehörigen überhaupt wussten, dass sie an einem Umsturzvorhaben teilnahmen – oder ob sie desinformiert und einfach nur instrumentalisiert wurden. Der Großteil der 6.000 Militärs, die unmittelbar nach dem Aufstand verhaftet wurden, sind Presseberichten zufolge Mitglieder unterer Ränge, viele davon einfache Wehrpflichtige. Wenige Tage später erließ Erdogan auch Haftbefehle gegen 300 Mitglieder der 2.500 Mann umfassenden Präsidentengarde, die er gleichzeitig auflösen ließ. Insgesamt wurden in den Tagen nach dem Putsch rund 60.000 Soldaten, Polizisten, Beamte und Lehrer suspendiert und mehr als 13.000 Menschen festgenommen. Knapp 6.000 davon sitzen Presseberichten zufolge in Untersuchungshaft – wo sie nach Verhängung des Ausnahmezustands weitgehend isoliert und ohne konkretes Verfahren festgehalten werden können. Mit dem Ausnahmezustand dürfen auch bürgerliche Grund- und Freiheitsrechte wie die Versammlungs- und die Pressefreiheit ausgesetzt oder eingeschränkt werden. Die Behörden können Ausgangssperren verhängen und die Medienberichterstattung kontrollieren oder verbieten. Die breite Mehrheit der Türken – auch die in Deutschland – scheint das nicht zu stören. Sie feiern ihren Präsidenten, wie auf dem Foto auf einem Platz in Istanbul. Was heißt das alles für die künftige Entwicklung der Türkei und den Umgang mit ihr? Sir Ralf Dahrendorf hätte die Antwort parat gehabt: „Wir werden die Herrschaft nicht abschaffen, und statt es zu versuchen, sollten wir uns darauf konzentrieren, sie zu bändigen.“

Foto: 2016 Anadolu Agency/Getty Images





Lateinamerika wählt seine Populisten ab

„Von Argentinien bis Peru findet ein Gesellschafts- und Elitenwandel statt, der es in sich hat. Die Menschen haben die großsprecherischen Wechsel-Experimente ganz offensichtlich satt“ — so die Analyse von **Marko Martin**, mit der der *WELT*-Autor im Juli zum „Autor der Freiheit“ gewählt wurde. Wir drucken den Beitrag in einer gekürzten Fassung ab.

Die vollständige Fassung finden Sie unter <http://bit.do/lateinamerika>

Grau ist es im peruanischen Lima dieser Tage. Doch vom grieseligen Wetter aufs politische Klima zu schließen wäre falsch. Die Präsidentschaftswahl hat soeben der bejahrte Wirtschaftsprofessor Pedro Pablo Kuczynski gewonnen, ein sogenannter „Mann des Establishments“, und dies denkbar knapp.

Akzeptabel jedoch auch die unterlegene Kandidatin Keiko Fujimori, für die zahlreiche Peruaner vor allem im abgelegenen Andenhochland gestimmt hatten. Diese gab sich volksnah und dynamisch, kompakt und farbig in den Slogans.

Die Wähler in Peru wollen Stabilität

Weshalb aber hat es für sie dann doch nicht zum Wahlsieg gereicht? Weil die Mehrheit der Peruaner die Nase voll hat von angeblichen „Alternativen“, die höchstens welche zum Schlechteren wären. Weshalb also die Tochter des inhaftierten Ex-Diktators Fujimori für fünf Jahre an die Macht wählen und damit Konflikte riskieren, die man doch seit dem Jahre 2000 erfolgreich domestiziert hatte?

Was nämlich kaum wahrgenommen wird beim europäischen Starren auf das linkspopulistische Spektakel im zugrunde gerichteten Venezuela oder auf das politisch paralysiert scheinende Brasilien: In vielen anderen Ländern des Kontinents ist nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Regierungsbükratie längst der großsprecherischen Experimente und vermeintlichen „Cambios“ (Wechsel) müde und setzt auf Stabilität und Kontinuität.



IN FEIERLAUNE: Der peruanische Präsidentschaftskandidat Pedro Pablo Kuczynski und seine Frau Nancy Lang bejubeln in Lima Anfang Juni den hauchdünnen Sieg in der Stichwahl.



ZUR PERSON

Der Schriftsteller und Publizist **MARKO MARTIN** (46) verließ im Mai 1989 als Kriegsdienstverweigerer die DDR und siedelte in die Bundesrepublik über, wo er Germanistik, Politikwissenschaft und Geschichte studierte. Sein aktuelles Buch „Tel Aviv: Schatzkästchen und Nusschale, darin die ganze Welt“ ist bei Corso erschienen.

**Stimmen auch Sie jeden Monat
über die Autoren der Freiheit ab unter
freiheit.org/liberal**

Selbst in Brasilia wird diese nun wiederentdeckt, wenn der Außenminister der neuen Interimsregierung ein Ende des diplomatischen Flirts mit Venezuela, Kuba und Nicaragua verkündet und dazu ein Wiederanknüpfen der wirtschaftlichen Bande mit den USA, der EU und Japan.

Auch in Buenos Aires hat der neu gewählte liberal-konservative Präsident Macri mit dem Führungsstil seiner populistischen Amtsvorgängerin Kirchner gebrochen und die schrillen Vorwürfe an die „US-dominierte Weltwirtschaft“ sofort eingestellt.

Transformationsprozess verläuft fast unbemerkt

Währenddessen hat sich auch Boliviens Präsident Evo Morales seit einiger Zeit von „antiimperialistischer“ Rhetorik entfernt. Er ist stattdessen – zu Recht – stolz auf eine politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität, wie sie das Andenland zuvor noch nie erlebt hatte.

Eine rosige Erfolgsgeschichte ist die beinahe geräuschlose Transformation weiter Teile Lateinamerikas deshalb keineswegs. Auch derart pauschal, wie in den hiesigen Medien oft geschehen, von einer Niederlage linker Utopien und einem Siegeszug des neoliberalen Konservatismus entweder zu schwärmen oder zu klagen, geht an der Wirklichkeit weit vorbei. Die Lehre, die uns gegenwärtig aus einem vermeintlich permanent anarchischen Kontinent erreicht, ist nämlich viel komplexer.

In Argentinien etwa beginnt man seit dem Wahlsieg des rechtsbürgerlichen Mauricio Macri nicht mit der

Abschaffung „sozialer Errungenschaften“, sondern mit einer gerechteren Umschichtung, damit diese von nun an den wirklich Bedürftigen zugute kommen und nicht nur den paternalistisch gefütterten Parteigängern der jeweiligen Regierung.

Politische Eliten durchlaufen einen Lernprozess

Der haushohe Parlamentssieg der venezolanischen Maduro-Gegner basierte auf dem gleichen Programm – man könnte es auch als einen verspäteten Lernprozess der Eliten bezeichnen.

Denn wie viel Irrsinn, Blut und Tränen, wie viel links-extreme Mörderideologie und oligarchischer Ausbeutungsterror wäre Lateinamerika erspart geblieben, hätte sich das Establishment schon früher kapitalistisch wettbewerbsfroh und aufstiegsfördernd verhalten, anstatt an spätfeudalen Pfründen festzuhalten und indigene Alphabeten für sich schuften zu lassen.

Gleichzeitig haben dank der Sozialpolitik Brasiliens Schwarze und Unterprivilegierte inzwischen ein Selbstbewusstsein entwickelt, das eine weiterhin weiß dominierte Elite nicht mehr wie früher ignorieren können.

Ähnliches gilt für die Indigenen Boliviens, die während der Morales-Jahre gesellschaftlich derart präsent geworden sind, dass sie nun sogar den Mut entwickelt haben, per Referendum „ihrem Evo“ eine anvisierte Verfassungsänderung zu verweigern: Dank für alles, Señor Presidente! Endlos wiedergewählt wirst du trotzdem nicht. ●



Technologischer Starrsinn

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Die Evolution belohnt Lernfähigkeit. Die Felsentaube, die Hausmaus, die Wanderratte: Allen global erfolgreichen Tierarten ist gemein, dass sie sich schnell auf Umweltveränderungen einstellen. Auch der sprichwörtlich schlaue Rotfuchs schaffte es, die gesamte Nordhalbkugel und Teile Australiens zu bevölkern. Allen Nachstellungen der Menschen zum Trotz, die ihn unerbittlich mit Hunden, Gewehren, Fallen, Gas und Gift bekämpfen.

Wer träge ist, wird dagegen leicht zur Beute. Beispielhaft steht hier das Schicksal der Dronte – jenes fetten Vogels auf Mauritius, der das Fliegen aufgegeben hatte. Seefahrer erschlugen die armen Dronten daraufhin mit Knüppeln, bis keine mehr von ihnen übrig war.

Festhalten am Hergebrachten bestraft die Evolution. Dem Panda wurde sein Ernährungs-Starrsinn zum Verhängnis. Die schwarz-weißen Bären verschmähen alles außer Bambus. So führt jede Pflanzenseuche, die den Bambus befällt, zu einer Hungersnot, die sie an den Rand des Aussterbens bringt.

Flexibilität hält nicht nur Füchse fit. Auch menschlichen Gesellschaften hilft es, umdenken zu können. Wissenschaftlicher Fortschritt und soziale Trends lassen sich nicht vorausberechnen. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Unvorhergesehene Technologien wie Elektrizität, chemische Synthese oder Mikrochips haben die Wirtschaft und den Alltag der Menschen von Grund auf umgekrempelt.

Entgegen dieser Erfahrung ist es in Deutschland üblich geworden, bestimmte Technologien mit einem Bannfluch zu belegen. Atomkraft und Pflanzengentechnik sind die bekanntesten Beispiele hierfür. Doch der Rest der Welt mag uns darin nicht folgen. 2015 stieg der Ausbau der Kernenergie so stark wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr. In 31 Ländern waren 441 Kernkraftwerke in Betrieb – darunter in Japan, dem Land, in dem der Unfall stattfand, der als Begründung für den deutschen Ausstieg genommen wurde. Weitere 65 Kernkraftwerke sind derzeit im Bau. Der Anbau von gentechnisch optimierten Pflanzen fand 2015 auf 179 Millionen Hektar statt. Das ist fast doppelt so viel wie die gesamte Ackerfläche der EU-Staaten.

Selbstverständlich ist es völlig legitim, sich gegen eine Technik zu entscheiden. Besonders wenn – wie in Deutschland – große Teile der Bevölkerung sich davor ängstigen. Bedenklich wird die Sache jedoch, wenn eine Regierung auf dem heutigen Stand des Wissens die Zukunft festschreiben will. Denn wir können nicht vorhersehen, was unsere Enkel später einmal wollen werden. Und auch nicht, wie sich Technologien entwickeln. Sie könnten überflüssig werden – wie einst das Walöl, als man Erdöl entdeckte. Sie mögen komplett anders funktionieren, wie die Glühlampe, die die Gaslaterne ablöste. Ganz aktuell sind sowohl bei der Atomkraft als auch bei der Pflanzengentechnik Entwicklungen zu beobachten, welche die Prämissen völlig verändern.



Im russischen Belojarsk ist der Reaktor BN-800 in Betrieb gegangen, der mit Atom Müll betrieben wird. Australien hat angekündigt, künftig in neuen Kernkraftwerken ebenfalls radioaktiven Abfall zu verbrennen. Weitere Technologien werden derzeit entwickelt, die in der Lage sein könnten, Atom Müll zu verwerten. Etwa der Laufwellenreaktor der Firma Terrapower (Vorstandsvorsitzender ist Bill Gates). Wenn künftig immer mehr Länder radioaktive Reste wirtschaftlich nutzen, wird Abfall zur Ressource. Doch in Deutschland wird weiterhin so getan, als sei die Endlagerproblematik ein erdrückendes Problem, weil der Müll für Tausende Jahre hermetisch verschlossen werden müsse.

Ebenso Umwälzendes wird aus der Gentechnik gemeldet. Die auch Gen-Chirurgie genannte Methode CRISPR/Cas ermöglicht es, einzelne Gene so präzise und sicher zu verändern wie noch nie. Sogar Urs Niggli, ein Urgestein der Bio-Verbände, zweifelt nun, ob die pauschale Ablehnung von Gentechnik nicht ein Fehler ist. In einem Interview mit der *tageszeitung* sagte er, die Methode habe großes Potenzial. Man sollte sie „für jede Anwendung einzeln bewerten, statt diese Technik generell abzulehnen“. Für einen altgedienten Bio-Jünger ist diese Aussage so ketzerisch, als würde der Papst plötzlich Empfängnisverhütung gutheißen. Gut, dass Menschen sich verändern können.

Beherrztes Umdenken ist längst auch in der Diskussion um Mobilität fällig und findet bereits statt. Die alte Front ist

obsolet geworden. Hier die ÖPNV-Nutzer und dort die Freunde des Individualverkehrs – das war einmal. Neue Formen der Verkehrslenkung bis hin zum selbst fahrenden Auto lassen das eigene Fahrzeug zum fremdgesteuerten Modul eines umfassenden Mobilitätsnetzwerkes werden.

Man kann solchen Wandel neugierig begleiten und wie der schlaue Fuchs dabei versuchen, das Beste daraus zu machen. Oder man kann wie Umweltministerin Barbara Hendricks einfach alles ablehnen, was nicht ins althergebrachte Raster passt. Es ist ja nicht das erste Mal in der Geschichte, dass ein Land sich gegen bestimmte Technologien entscheidet. Der chinesische Kaiser Jiajing ließ im 16. Jahrhundert alle Schiffe mit mehr als drei Masten zerstören, um den Schmuggel zu unterbinden. Allerdings war er damit ebenso wenig erfolgreich wie der Pandabär mit seiner einseitigen Diät. ●

MICHAEL MIERSCH ist Geschäftsführer Naturbildung bei der Deutschen Wildtier Stiftung. Davor arbeitete er als Journalist für große deutsche Zeitschriften, zuletzt als Ressortleiter beim *Focus*. Seine Bücher und Dokumentarfilme erhielten zahlreiche Preise. Neuestes Buch: „Alles grün und gut? Eine Bilanz des ökologischen Denkens“. Website: www.miersch.media/miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet. zeller@libmag.de

Verstand statt Herz

Hilfsbereitschaft und kühles Kalkül — passt das zusammen? Ja, sagt eine Gruppe von Aktivisten, die immer mehr Anhänger gewinnt. Der Name der Bewegung: effektiver Altruismus (EA). Ihr Ziel: Hilfe für Bedürftige so wirksam wie möglich einzusetzen. // TEXT // CHRISTINE MATTAUCH

Zoe Cremer ist eine dieser Aktivistinnen. 21 Jahre alt, helle Bluse, lange Haare, offenes Gesicht. Als Treffpunkt für das Interview hat sie das „Detox Delight“ ausgewählt, ein veganes Café am Münchner Odeonsplatz. Wenn Cremer über die Ziele des effektiven Altruismus spricht, klingt das so: „Es geht darum, so viel Leid wie möglich zu reduzieren.“ Oder sie sagt: „Wir wollen, dass möglichst viel Gutes geschieht.“ Aussagen, die fast jeder unterschreiben würde.

Der radikale Ansatz, der in diesen Sätzen steckt, kommt jedoch mit dem Wort „möglichst“ zum Vorschein. Wer so viel Gutes wie möglich tun will, wird den Nutzen seines Engagements maximieren. Wird wie bei einer Investition abwägen, wo sein wohltätiger Einsatz den größten Ertrag bringt. Die EA-Anhänger denken diesen Gedanken zu Ende und stellen unbequeme Fragen. Etwa die: Ist es sinnvoll, gegen die Armut zu demonstrieren, oder sollte man lieber Überstunden leisten und das Geld spenden? Lohnt es sich, teure Fair-Trade-Produkte zu kaufen, oder wäre mit dem Gegenwert des Aufpreises zum Beispiel der Against Malaria-Foundation besser gedient, die afrikanische Haushalte mit Moskitonetzen versorgt?

Dahinter steht die Einsicht, dass es unmöglich ist, allen zu helfen. Also müssen Geld und Zeit bestmöglich eingesetzt werden. Schließlich ist es besser, für hundert Euro zehn Menschenleben zu retten als zwei. Oder etwa nicht?

Der Gedanke provoziert. „Es kommt oft die Rückmeldung: Ihr könnt doch nicht quantitativ an Menschenleben herangehen“, sagt Cremer. „Aber solche Entscheidungen fallen Tag für Tag. Es wird nicht besser dadurch, dass wir die Augen davor schließen.“ Hinsehen statt wegsehen, mit Verstand spenden

statt mit Herz – die Botschaft kommt gerade bei jungen Menschen an, die sich betroffen und hilflos fühlen angesichts des Elends auf der Welt.

Wohl auch deshalb wächst die EA-Bewegung in letzter Zeit so schnell, besonders an Hochschulen und bei Studenten, die Naturwissenschaften und Medizin, Mathematik, Ökonomie oder Philosophie studieren – Fächer also, die stark von Logik und Rationalität geprägt sind. Im August 2015 gründeten junge Wissenschaftler eine zentrale Denkfabrik: die Stiftung für Effektiven Altruismus in Basel und Berlin. Sie hat heute rund 20 Lokalgruppen, weitere 25 befinden sich in Gründung. Den Mitgliedern geht es darum, ihrer individuellen Verantwortung gerecht zu werden, nicht um Politik. Aber Cremer sagt auch: „Die Fähigkeit des Individuums, frei entscheiden zu können, steht am Anfang als Imperativ und am Ende als Ziel.“

Knappe Hilfsressourcen bestmöglich verteilen

Ökonomie bedeutete schon immer, knappe Ressourcen möglichst produktiv einzusetzen. Das Besondere der neuen Altruisten ist, dass sie diesen Grundsatz auf ethische Themen anwenden. Damit wandeln sie auf den geistigen Spuren des Utilitaristen Jeremy Bentham, der im 18. Jahrhundert, der Ära des Manchester-Kapitalismus, forderte, das „größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl von Menschen“ anzustreben.

In der jüngeren Entwicklungsökonomie sorgten die Bostoner MIT-Forscher Esther Duflo und Abhijit Banerjee für Aufsehen, die mit wissenschaftlichen Vergleichsstudien untersuchen, ob Hilfsprojekte in der Dritten Welt so wirken wie erhofft. Mehr Breitenwirkung bekommt die EA-Bewegung aber durch William MacAskill. Der 29-jährige ist Philosophieprofessor in »





Neues Denken: In seinem Buch „Gutes Besser Tun“ (Ullstein, 18 Euro) erklärt William MacAskill wissenschaftlich sein Konzept und wie sich Veränderungen am besten erreichen lassen.

Oxford und Autor des Buchs „Doing Good Better“ (siehe links). „Ich habe mich schon immer sozial engagiert“, erzählt MacAskill. So lief er zum Beispiel für die Hilfsorganisation Care International mit der Sammelbüchse durch Fußgängerzonen. „Als ich statt Geld massenweise leere Blicke kassierte, dämmerte es mir, dass dies nicht der Weisheit letzter Schluss sein könnte.“ Viele Anhänger von EA haben ähnliche Erfahrungen hinter sich. Der Schweizer Jonas Vollmer etwa half bei einem Projekt in Indien und erlebte dort „sehr engagierte Menschen, die zum Teil erschreckend unwissenschaftlich arbeiteten“, wie er dem Züricher *Tages-Anzeiger* schilderte. So hätten sie homöopathische Mittel eingesetzt, deren Unwirksamkeit erwiesen ist. Heute arbeitet Vollmer hauptberuflich für die EA-Stiftung.

In Oxford gründete MacAskill im Jahr 2009 die Organisation Giving What We Can, deren Mitglieder sich verpflichten, mindestens zehn Prozent ihres Einkommens zu spenden – gezielt an effektive Hilfsorganisationen. Welche das sind, macht MacAskill daran fest, wie kosteneffizient deren Programme sind, wie gut sie umgesetzt werden und ob die Organisation überhaupt zusätzliches Geld benötigt. Er macht zum besseren Verständnis einen Vergleich: Ein Arzt teilt nach einer Katastrophe die Opfer nach der Schwere ihrer Verletzung ein und priorisiert danach sein Vorgehen. Das muss er tun, da er unmöglich allen Verletzten gleichzeitig helfen kann.

Aber ist das wirklich der passende Vergleich? Wer die Argumentation zuspitzt, muss sich fragen: Er-

wächst nicht aus einer gut gemeinten Rationalität irgendwann eine gefährliche moralische Überheblichkeit? In seinem Buch beschreibt MacAskill den anrührenden Besuch in einem Krankenhaus in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba. Er umarmt die Kranken – und verweigert ihnen trotzdem seine Hilfe: „Ich hätte den Bedürfnissen einer Gruppe nur deshalb Vorrang gegeben, weil ich die Betroffenen kennengelernt hatte. Das wäre unfair denen gegenüber gewesen, die mehr von meiner Hilfe profitieren konnten.“

Das Konzept ist umstritten

Das geht vielen zu weit. Die Amerikaner Ken Berger und Robert Penna bezichtigen MacAskill einer „Logik so kalt, dass sogar Mr. Spock winseln würde“. Sie vertreten den renommierten Charity Navigator, der Hilfsorganisationen bewertet, auch nach ihrer Effizienz. „Aber wir urteilen nicht, ob eine Form der Nächstenliebe besser ist als eine andere. Wir vertrauen auf die Fähigkeit der Spender, die aus ihrer Sicht besten Entscheidungen zu treffen – mit Herz und mit Verstand.“

MacAskill verlange, „die falschen Dinge aufzugeben, Dinge, die uns menschlich machen: unsere persönlichen Verbindungen, Loyalitäten und Identifikationen“, findet Amia Srinivasan, Philosophieprofessorin am University College London. Der EA-Experte versuche zu vermeiden, was doch der Ausgangspunkt ethischen Handelns sein müsse: einen eigenen Standpunkt. Und es ist ja wahr: Was wäre das für eine Gesellschaft, in der jemand ein schlechtes Gewissen

Stiftung für Effektiven Altruismus

Ableger aus einer Denkfabrik: Die Stiftung für Effektiven Altruismus (EAS) ist aus einem Projekt der deutsch-schweizerischen Giordano-Bruno-Stiftung (gbs) hervorgegangen. Die gbs beschreibt sich als „Denkfabrik für Humanismus und Aufklärung“ mit dem Ziel, eine tragfähige säkulare Alternative zu den bestehenden Religionen zu entwickeln. Auch der Ansatz der EAS ist kritisch-rational; ihr geht es um die Verbesserung der Lebensqualität durch Armutsbekämpfung und Reduzierung von Tierleid. Chancen und Risiken von Zukunftstechnologien wie künstlicher Intelligenz werden ebenfalls unter diesem Blickwinkel bewertet. Präsident der EAS ist der Philosoph und Publizist Adriano Mannino. Die EAS-Stiftung hat zwölf hauptamtliche Mitarbeiter.



**„ALS ICH STATT GELD
MASSENWEISE LEERE BLICKE
KASSIERTE, DÄMMERTE ES
MIR, DASS DIES NICHT DER
WEISHEIT LETZTER SCHLUSS
SEIN KÖNNTE.“**

William MacAskill,
29-jähriger Philosophieprofessor
in Oxford



haben müsste, der in seiner Freizeit krebserkrankten Kindern vorliest, nur weil er in der gleichen Zeit Geld verdienen und spenden könnte?

Zoe Cremer sieht das alles entspannter: „Wenn jemand Spaß an einer sozialen Arbeit hat, sollte er sie ausüben“, findet sie. Für ihr persönliches Leben allerdings betrachtet sie EA durchaus als Richtschnur: Sie versucht, zehn Prozent ihres Einkommens zu spenden, obwohl sie als Studentin über ein eher knapp bemessenes Budget verfügt. Vor einem Jahr hat sie die EA-Lokalgruppe München mitgegründet, die jetzt ein knappes Dutzend Mitglieder hat und rund 300 Likes bei Facebook. Neuerdings ernährt sie sich vegan: „Die Fleischindustrie kann man nicht unterstützen“, sagt sie. Von Tieren, die leiden, bis zur Beschleunigung des Klimawandels: „Es wäre ethisch wünschenswert, den Konsum zu reduzieren.“

Auch auf Cremers Berufswahl könnte sich EA auswirken. 2011 gründete MacAskill 80.000 Hours, eine Karriereberatung für effektive Altruisten. Deren Berufswahl fußt – vereinfacht gesagt – auf folgender Erwägung: Ein junger Mann, der sich entscheidet, Arzt zu werden, rettet wissenschaftlichen Studien zufolge im Laufe seiner Karriere 25 bis 30 Leben. Wird er aber Börsenmakler und verdient ein Vielfaches von dem, was ein Arzt bekommt, kann er durch hohe Spenden womöglich viel mehr Leben retten. Der Medizinerjob wird derweil mit einem anderen besetzt werden, schließlich drängen viele Menschen in den Arztberuf. Aber wie viele Börsenmakler geben regelmäßig Geld aus ihrem Einkommen Malariaopfern oder Kindern, die von Wurmparasiten befallen sind?

Cremer studiert Neurobiologie. Das Fach macht ihr Spaß, aber sie fragt sich, ob sie gut genug ist, um etwas Außergewöhnliches zu leisten, was kein anderer an ihrer Stelle könnte: „Vielleicht in der Alzheimerforschung?“ Sie könnte, überlegt sie, auch hauptamtlich für EA arbeiten und noch mehr Menschen für die Bewegung begeistern. Dritte Alternative: möglichst viel Geld verdienen und spenden. „Im Sommer arbeite ich bei Goldman Sachs, London, einer Investmentbank. Mein Einkommen wird groß genug sein, dass ich viel davon an effektive Projekte spenden und gleichzeitig ein komfortables Leben führen kann. Dies auch nach meinem Studium zu tun ist definitiv eine Option.“

Ein Widerspruch bleibt

Und wenn sie dann eines Tages bereut, nicht Neurobiologin geworden zu sein? „Das Gefühl möchte ich nicht haben“, sagt sie dann. „Aber wenn ich mich für Biologie entscheide, weiß ich auch nicht, ob ich glücklich werde. Ein großer Teil des Glückseins besteht doch darin, dass man anderen hilft.“ Aber es ist eben nur ein Teil – und nicht für alle Menschen der Mittelpunkt ihres Lebens. Wenn die EA-Bewegung das moralisch abwertet, verstößt sie gegen ihr eigenes Ziel: dass jedermann die Freiheit haben soll, sich zu entscheiden. Ein schwer auflösbarer Widerspruch. ●



CHRISTINE MATTAUCH ist Wirtschaftsjournalistin in München und findet die Diskussion positiv, die effektiver Altruismus ausgelöst hat. Ihre Spendenadressen, etwa Amnesty International, will sie trotzdem beibehalten.
redaktion@libmag.de



Umstrittener

Moralphilosoph: Peter Singer, Professor an der Universität Princeton, gilt als einer der Väter des EA-Ansatzes, den er in seinem Buch „Effektiver Altruismus – Eine Anleitung zum ethischen Leben“ (Suhrkamp, 24,95 Euro) beschreibt.

Profis statt Fundis

Früher war der Verzicht auf tierische Produkte eine Ausnahme und am ehesten bei antikapitalistischen Weltverbesserern populär. Heute wird daraus mehr und mehr ein Geschäftsfeld für innovative Unternehmer. // TEXT // **CHRISTINE MATTAUCH**



Wer bei Dirk Bocklage eine Reise bucht, darf mit manchem rechnen – mit einem allerdings ganz sicher nicht: dass es zum Frühstück ein schönes, kühles Glas Kuhmilch gibt oder zum Dinner ein herzhaftes Steak auf dem Teller landet. Denn der 37-jährige Diplom-Betriebswirt veranstaltet vegane Flusskreuzfahrten. 2014 charterte er zum ersten Mal ein Schiff und fuhr mit 173 Liebhabern der fleischlosen Küche von Köln nach Basel, drei Tage lang. „Das Schiff war quasi voll“, sagt er, und in seiner Stimme klingt noch immer eine gute Portion Erstaunen mit, denn „mit diesem Andrang hatte ich nicht gerechnet“. Seit dem Erfolg tourt Bocklage, der früher Einkäufer der Metro in

Hongkong war und eigentlich Firmen im Asien-geschäft berät, regelmäßig fleischlos über die Flüsse.

Über Sylvester zum Beispiel ging es die Donau runter bis nach Wien, wo die Teilnehmer lernten, wie man vegane Mozartkugeln rollt. Kein Witz! Bocklage ist zwar ein humorvoller Mann, aber die Sache mit den Kreuzfahrten meint er ernst – und liegt damit voll im Trend.

Fleischlos essen, keine Tierprodukte kaufen – das gilt als modern, chic und vorbildlich in Sachen Umweltschutz. Schließlich setzt Tierhaltung mehr Klimagase frei als der Anbau von Pflanzen. Der Markt für veganes Essen boomt. Allein der Absatz von Fleischersatzprodukten wächst jährlich um 30 bis 35 Prozent.

Fotos: Presse vegan (2), Messe Stuttgart

„ICH HABE SCHNELL GEMERKT: DAS MUSS MAN SKALIEREN.“

Jan Bredack, Gründer der Supermarktkette Veganz



Verantwortlich dafür sind nicht so sehr die Hardcore-Fleischgegner, deren Anteil in Deutschland deutlich unter fünf Prozent liegt, sondern „Flexitarier“: Menschen, die bewusst weniger Fleisch essen. Je nach Studie sind das zwischen einem Drittel und mehr als der Hälfte der Deutschen.

Farbanschläge auf die Schaufenster

Wer ein eindrucksvolles Beispiel dafür sucht, wie schnell und umfassend aus einer Ideologie ein Geschäftsfeld für innovative Unternehmen werden kann – das Thema veganes Essen eignet sich ideal dafür. Noch vor ein paar Jahren galten Veganer und Vegetarier als eine Art Sekte. Häufig verbanden die Andersesser ihren Verzicht auf Fleisch gleich mit dem Protest gegen „das System“, und es gehörte zum guten Ton, mit der Tierhaltung auch gleich den Kapitalismus abschaffen zu wollen. Doch das ist vorbei.

Vielleicht aber noch nicht ganz. „Bei einigen Filialen haben sie uns Farbbeutel an die Schaufenster geworfen“, sagt Jan Bredack, Gründer der Supermarktkette Veganz. Der 43-Jährige personifiziert die Veränderung auf dem Veggie-Markt: Statt Fundis beherrschen mehr und mehr gestandene Handels- und Gastro-Profis die Szene. Bredack war Führungskraft bei Daimler, bevor er vor fünf Jahren ins vegane Fach wechselte. Branchenerfahrung musste er sich erst aneignen, aber er verstand etwas von Marketing, Personalführung, Finanzierung – und Trends. Sein erster Businessplan habe sich auf einen einzigen Supermarkt in Berlin erstreckt, erzählt der Gründer. „Ich habe aber schnell gemerkt: Das muss man skalieren.“ Seither expandiert er rasant, hat zehn Filialen, ko-

operiert im Großhandel mit den Großen: Edeka, Globus, Metro, dm.

Allein wegen dieser Partnerschaften ist Bredack für Fundamentalisten bereits ein Verräter. Doch die sind mittlerweile nur noch eine kleine Minderheit. Auf den Facebook-Seiten von Veganz bitten Hunderte von Fans um einen Laden in der Nähe, so wie Katja Tennstädt: „Könnt ihr bitte mal eine Filiale in Chemnitz aufmachen?“ Der moderne Veganer ist nicht militant, sondern entspannt. Starkoch Attila Hildmann, dessen Buchreihe „Vegan for ...“ sich über 1,2 Millionen Mal verkaufte, kann es sich sogar erlauben, mit einem Porsche durch die Gegend zu fahren, ohne Fans zu verlieren. Motto: Spaß statt Askese.

Das findet auch Bocklage, der den Erfolg seiner Kreuzfahrten als Beleg sieht, dass vegane Ernährung nichts mit Diät zu tun hat. Auszug aus der Abendkarte: Rucolasalat mit Kirschtomaten und Pinienkernen, als „Intermezzo“ eine kleine Trüffelpasta, Safran-Risotto mit Fenchel und Avocado-Schmand. Zum Dessert gebackene Apfelspalten mit Mango-Zimt-Coulis. „Die Leute rufen mich hinterher an und sagen: ‚Ich hab drei Kilo zugenommen!‘ Und dann buchen sie die nächste Tour.“

Gutes Gewissen für gutes Geld

Wenn Bocklage über eines klagt, dann darüber, dass er selbst auf seinen Fahrten nicht viel Schlaf bekommt. Vegane Kreuzfahrer sind, so scheint es, eine lustige Truppe, zumal es auch Wein gibt, der sich vegan nennt. „Die geben richtig Gas bis drei Uhr nachts“, sagt Bocklage. „Freunde finden sich, es wird Karaoke gesungen. Einmal fuhr eine 80-Jährige mit, die war jeden Abend auf der Tanzfläche.“ Dabei ernähre sich ein Drittel seiner Gäste gar nicht streng vegan. Er selbst sei es auch nur „zu 98 Prozent“. Bei Käse werde »



Veganz-Supermarkt: Gründer Jan Bredack profitiert vom Veggie-Boom. Seine Handelskette expandiert.

er immer noch schwach. Zur Entschuldigung fügt er hinzu: „Ich wohne nahe der holländischen Grenze.“ Na ja: in Münster.

Dabei ist der Trend zum veganen Essen mehr oder weniger herübergeschwappt aus den USA. Im Land der Mega-Burger und übergroßen Cola-Becher ist die fleischlose und vegane Ernährung vor gut zehn Jahren hipp geworden. Kalorienarm und eiweißhaltig – für die gesundheits- und fitnessbewussten Eliten an der US-Ost- und der Westküste sind Tofu, Tempeh und Seitan fester Bestandteil des Lebensstils geworden. Die vegetarischen und veganen Sortimente sind dort um ein Vielfaches größer und vielfältiger als hierzulande. Wer die relevante Zielgruppe unter den US-Veganern adäquat bedienen will, muss 25 Sorten Tofu-Würstchen und regional gerührten, veganen Frozen Yoghurt im Angebot haben. Das ist nicht Kür, sondern Pflicht. Vegan zu speisen ist jedoch alles andere als ein billiges Vergnügen. In der Supermarktkette Whole Foods kosten ein Stück milchfreier Käsekuchen 8,99 US-Dollar und 170 Gramm Marshmallows der Marke Sweet & Sara 5,99 US-Dollar.

Auch in Deutschland sind mittlerweile Produkte erhältlich, deren Existenz der Durchschnittsbürger mit einem gewissen Erstaunen zur Kenntnis nimmt. „Während es vor einigen Jahren nur Sojamilch gab, gibt es inzwischen Mandel-, Haselnuss-, Reis-, Cashew-, Hafer-, Macademia- und Dinkelmilch“, informiert der

Vegetarierbund Deutschland (VEBU). „Auch gibt es Alternativen zu Fleisch- und Milchprodukten auf Lupinenbasis.“

Aber es gibt noch viel mehr Veganes: vegane Weihnachtsmärkte, vegane Wintersporthotels und seit 2012 den Kongress VegMed, an dem zuletzt mehr als 500 Ärzte und Ernährungsberater teilnahmen. In Stuttgart lief im vergangenen Jahr zum ersten Mal die Messe „Veggie & frei von“, Bochum ist dieses Jahr mit der „ExtraVurst“ dabei. Auch Berufsgruppen, deren Verbindung zur Szene sich Außenstehenden nicht auf den ersten Blick erschließt, machen mobil: Jüngst trafen sich in Berlin Anwälte zum „1. Internationalen Rechtssymposium für die pflanzliche Lebensweise“, auf dem eine Sammlung von Präzedenzfällen aus dem „vegan-vegetarischen Bereich“ angelegt wurde.

Fleischfreier „Vaterlandsverräter“

Überraschender als die Tatsache, dass Newcomer das Feld für sich entdecken, ist wohl das Umschalten von Traditionsunternehmen, etwa der Rügenwalder Mühle. In dem Familienbetrieb im beschaulichen Kurort Bad Zwischenahn in der niedersächsischen Provinz wird Fleischverarbeitung in sechster Generation betrieben: Teewürste, Leberwürste und Zwiebelmett seit 1834. Vegetarismus galt als Unwort. Als der Marketingchef von Rügenwalder, Godo Röben, auf die Idee kam, eine pflanzliche Seitenlinie einzuführen,

Kein billiges Vergnügen:

In den USA kosten die veganen Kuchen und Desserts der Supermarktkette Whole Foods schnell mal neun Dollar – das Stück. Das können sich nur fitness- und gesundheitsbewussten Besserverdiener leisten.



Vegane Wüste Oktoberfest

Noch bietet das Traditionsfest fleischlose Magerkost: Rund 510.000 Brathähnchen, 240.000 Schweinswürste, 116 ganze Ochsen und 85 Kälber wurden im vergangenen Jahr auf der Münchner Wiesn verzehrt. Doch auch das Oktoberfest bleibt vom Veggie-Trend nicht verschont, wie die Website veggiewiesn.de recherchierte. Auf der Suche nach pflanzlicher Verpflegung fanden die Redakteure vegane Bio-Kräuterseitlinge, fleischloses Gulasch und tomatisiertes Pfannengemüse. Zum „Top-Tipp“ erklärte sie den veganen Leberkäs von Feinkost Anthuber. Scharf gerügt wurde hingegen das als „Himmel der Bayern“ bekannte Festzelt der Brauerei Hacker Pschorr: Kulinarisch „könnte man es auch eine Hölle nennen“. Einziges veganes Gericht sei ein Salat mit Weißbrotwürfeln.

Vegetarisch-vegane Unternehmensberatung

Illustrer Kundenkreis: Seit 2013 arbeitet die Berliner VEBU Business – laut Eigenbeschreibung „Deutschlands erste Unternehmensberatung für den vegetarisch-vegane Markt“. Der Dienstleister ist eine Tochter des Vegetarierbunds Deutschland (VEBU), den es seit mehr als 120 Jahren gibt. Das sechsköpfige Team – „Wir alle sind echte Veggies“ – berät selbst Großkonzerne wie etwa Haribo, HIPP, Siemens, Porsche, die Allianz und sogar Aldi Süd in Sachen Strategie im veganen Handelssegment, hilft bei Produkt- und Markenentwicklung und entwirft Werbekampagnen. Außerdem lizenzieren die Berater das V-Label, ein gelb-grünes Gütesiegel mit der Aufschrift „vegetarisch“ oder „vegan“. VEBU Business hat gut zu tun: Alleine für das V-Label gebe es „täglich Anfragen“, so die Berater.



habe ihn Konkurrent Clemens Tönnies als „Vaterlandsverräter“ beschimpft, berichtete das Magazin *Capital*. Trotzdem startete Rügenwalder Anfang 2015 vorsichtig mit fleischfreiem Schinken und Frikadellen – und wurde vom Erfolg förmlich überrollt. Nach nur einem Jahr machte das Unternehmen bereits ein Fünftel seines Umsatzes mit der in Windeseile ausgebauten Veggie-Linie: vegetarische Schnitzel, vegane Hamburger und fleischfreie Pfannengerichte. Kurioserweise verkauften sich auch die Fleischprodukte besser.

Das elektrisierte die Branche. Schnell nahm der Geflügelpezialist Wiesenhof vegetarische Fleischwurst und Mortadella ins Programm. Selbst Rübens Konkurrent Tönnies besann sich und gab die Entwicklung von Sojawurstchen in Auftrag. „Tönnies macht in Tofu“, frotzelte die *Lebensmittelzeitung*.

Letzte Bastion war Herta, Marktführer im Segment Fleischwurst, omnipräsent in Supermarktgallen. „Die kleinen Freuden sind die größten“, war der Slogan in den zahlreichen Werbespots, die im vergangenen Jahr im Fernsehen liefen. Sie zeigten quirlige Kinder und vitale Erwachsene, die mit Inbrunst dünne Hähnchenbrustscheiben verzehrten und saftigen Hinterschinken.

Doch nun bringt auch Herta pflanzlichen Bier-schinken, Mortadella und Lyoner auf den Markt. „Vegetarische Genuss-Produkte“ nennt das Unternehmen die neue Reihe. Und Mutterkonzern Nestlé teilt lapidar mit: „Insgesamt lässt die wachsende Skepsis gegenüber uneingeschränktem Fleischverzehr die Menschen nach Alternativen suchen.“ Allerdings hat Nestlé Erfahrung im Trendsegment. Im Dezember kündigte der Konzern per Pressemitteilung eine „vegane Brustwarzensalbe“ in der Kosmetik-Reihe

Büchchen an. Und schon lange vertreibt Tochter Tivall unter der Marke Garden Gourmet ein stetig wachsendes fleischloses Sortiment, vom Linsensburger bis zum Spinat-Käse-Rondo.

Auch Nestlés Pizza-Tochter Wagner baut ihr vegetarisches Sortiment stetig aus. Die mehr als 30 Produkte sind sogar mit einem „Farb- und Symbol-Leitsystem“ ausgestattet – und mit dem V-Label des Vegetarierbunds. Nestlé ist Kunde von dessen Unternehmensberatung (siehe „Vegetarische Unternehmensberatung“). Allein diese Konstellation zeigt, wie viel sich geändert hat in dem Markt, in dem früher die Rollen von Gut und Böse klar verteilt waren.

Fleischpflanzerl für Flüchtlinge

Fast beruhigend, dass der Boom auch Neugründungen alten Schlags hervorbringt, wie Gutding in Neverstaven bei Hamburg. Unter dieser Marke produziert das Ehepaar Agapi und Rado Rethmann vegetarische und vegane Aufstriche – für stolze 3,99 Euro je 100 Gramm.

Aber auch die Konservativen, für die ein Verzicht auf Fleisch unvorstellbar ist, gibt es noch. In München bekochte das Koch-Kollektiv „Volx-Küche“ Flüchtlinge in einer Erstaufnahmeeinrichtung ausschließlich vegan. Bis die Regierung von Oberbayern einschritt: Es müsse Fleisch auf den Speiseplan. Die größtenteils jungen Männer, fand der Leiter der Anlaufstelle, Erwin Strunk, bräuchten „was Gescheits zum Essen“. ●



CHRISTINE MATTAUCH arbeitet als freie Journalistin. In ihrer Jugend lebte sie eine Zeit lang vegetarisch. Aber dann kam ein Studienaufenthalt im sozialistischen Ungarn. Dort hätte sie ohne Fleischkonsum keine Überlebenschance gehabt. redaktion@libmag.de



Die Messe „Veggie & frei von“ in Stuttgart:

Der vegane Boom ernährt mittlerweile eine ganze Branche. Neben Messen, Reiseangeboten und Weihnachtsmärkten gibt es gut besuchte Kongresse für Ärzte und Ernährungsberater.

Wir sind dann mal weg

Für die Vertreter der Generation Y gehören Reisen um die Welt zum Lebensstil. Mittlerweile sind sie mit der ganzen Familie unterwegs. Darauf müssen sich Unternehmen neu einstellen und mit Auszeitmodellen den Langzeiturlaub ohne Karriereknick ermöglichen. // TEXT // **CHRISTINE WEISENBORN**

Courtney Adamo macht keine halben Sachen. Im Sommer vergangenen Jahres haben sie und ihr Mann Michael ihr Haus in London nebst Habseeligkeiten verkauft. Ihre Jobs haben die beiden geschmissen und ein halbes Dutzend Rucksäcke mit Büchern und den Lieblingsspielzeugen ihrer Kinder gefüllt, damit dem Nachwuchs auf der anstehenden Tour nicht langweilig wird. Dann sind die Adamos losgezogen. Ein Jahr lang. Einmal rund um den Globus. Vermutlich hat die Globetrotter-Familie auch ein paar Klamotten mit im Gepäck gehabt. Schließlich gelten die Adamos britischen Medien zufolge als „bestgekleidete Familie Londons“.

Clanmutter Courtney ist Mitgründerin des Luxuslabels Babyccino Kids, eine der bekanntesten Bloggerinnen Großbritanniens und dank ihrer Reise inzwischen weltweit einer der ganz großen Stars auf dem Social-Media-Kanal Instagram. „Es ist einfach nur großartig, Erfahrung in all diesen Ländern sammeln zu dürfen, über die Welt zu lernen und ständig neue Dinge zu entdecken“, schreibt sie, als es ihr WLAN in der australischen Pampa zulässt.

Gestartet sind die sechs Adamos in den USA. Dort kommt Courtney ursprünglich her. Über Argentinien, Chile, Brasilien, Uruguay, Peru und Neuseeland ging es





im Februar dieses Jahres dann nach Down Under. Drei der vier Kinder sind bereits schulpflichtig. Damit deren Bildung unterwegs nicht zu kurz kommt, unterrichtet das Paar während der Reise etwa drei Stunden am Tag selbst. Ein Trend, dem der britische *Guardian* bereits einen eigenen Namen verpasst hat: „Edventurers“ – Reisende, die wie die Adamos Lehrpläne mit Abenteuertrip verbinden. Sachunterricht in der chilenischen Atacama-Wüste etwa. Mathe am Lagerfeuer in Neuseeland. Aufsätze über einen Familienausflug ins Opernhaus in Sydney. In den Pausen, so lässt Courtney per E-Mail wissen, gibt es Kiwi-Shakes oder Surfunterricht. Auf Instagram hat die Familie inzwischen mehr als 150.000 Follower – so viele, wie Heidelberg an Einwohnern hat. Mit ihrem Mut zur Weltumrundung wecken die Adamos nicht nur Sehnsüchte. Sie treffen auch einen Nerv der Zeit.

Das Thema erreicht immer mehr Firmen

Auszeiten werden immer beliebter, immer länger – und immer häufiger nachgefragt. Schon länger locken Unternehmensberatungen und Großkanzleien, Automobilhersteller und globale IT-Konzerne Topmitarbeiter mit der Option, für längere Zeit auszusteigen. Selbst im öffentlichen Dienst gibt es Regelungen für einen längerfristigen Urlaub. Er soll es Arbeitnehmern ermöglichen zu reisen, sich fortzubilden, Doktorpläne zu Papier zu bringen oder kranke Angehörige zu pflegen. Immerhin 43 Prozent aller Deutschen spielen mit dem Gedanken, eine Auszeit vom Job zu nehmen. Das ergab eine Sabbatical-Studie, die das Meinungsforschungsinstitut Fittkau Maaß Anfang dieses Jahres erstellt hat. Etwas weniger als die Hälfte der Auszeitenanwärter will zwischen drei und sechs Monaten Berufspause machen. Fast ein Drittel tendiert mit zehn bis zwölf Monaten sogar zu einem ganzen Sabbatjahr.

„Inzwischen ist die Dynamik für das Thema Auszeit auch in mittelgroßen Unternehmen angekommen“, beobachtet Thomas Sattelberger, ehemaliger Personalvorstand der Deutschen Telekom und derzeit schwerpunktmäßig mit der Analyse von Arbeitszeitmodellen

der Zukunft beschäftigt. Bis vor wenigen Jahren noch war der deutsche Mittelstand von der Option einer Jobpause so weit entfernt wie Hildesheim von Hawaii. Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft boten 2003 nur knapp vier Prozent aller Betriebe in Deutschland Sabbatical-Regelungen an. Fast zehn Jahre später waren es schon fast zehn Prozent. Inzwischen gibt es Modelle, die bezahlte Auszeiten oder Fehlzeiten vorsehen, die vor und nach dem Time-out abgearbeitet werden können. Die Möglichkeiten für eine Jobauszeit sind heute bunt und vielfältig.

Sehr häufig ist jedoch die Elternzeit der Einstieg in den zeitlich befristeten Ausstieg. Das Instrument ermöglicht mit dem Segen und dem Geld des Staates berufstätigen Müttern und Vätern ganz offiziell und mit Rechtsanspruch, dem Büro eine Weile den Rücken zu kehren. Die Regelung sieht vor, dass Paare im ersten Jahr nach Geburt des Kindes insgesamt 14

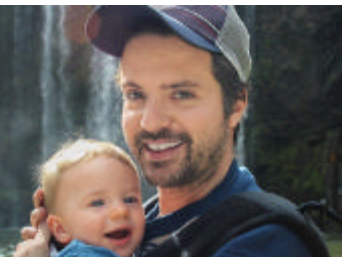
Monate Auszeit nehmen können. Diesen Zeitraum können sie untereinander aufteilen oder auch zusammen ihrer Arbeitsstelle fernbleiben. Seit dem 1. Juli 2015 ist es sogar möglich, die bis zu 24 Monate Elternzeit erst zwischen dem dritten und achten Lebensjahr des Kindes zu nehmen – dann allerdings unbezahlt.

Bei der Auszeit nach der Geburt legen Arbeitgeber ihren Mitarbeitern heutzutage kaum noch Steine in den Weg. „Da hat auch im Mittelstand ein Mentalitätswandel stattgefunden“, sagt Markus Weber, Partner bei der Personalberatung Dr. Maier und Partner. „Eine Elternzeit ist gesellschaftlich und karrieretechnisch kein Beinbruch mehr.“ Der deutsche Mittelstand unterstützt auch die Sehnsucht seiner Angestellten nach neuen Erfahrungen und einer längeren Jobpause – allerdings zähneknirschend. „Die meisten Mittelständler werben inzwischen zwar mit dem Thema Auszeit in Hochglanzbroschüren“, »

Courtney Adamo zusammen mit ihren Kindern Easton, Marlow, Ivy und Quin (v. l.):

Wohin es die Bloggerin und Unternehmensgründerin mit ihrer Familie nach der Reise – unter anderem durch Sri Lanka – zieht, ist offen.

Mit 43 Prozent spielt inzwischen fast die Hälfte aller Deutschen mit dem Gedanken, eine Auszeit vom Job zu realisieren.



Reise ins Glück mit Kreativitätsschub:

Nikolas Janitzki ist mit seiner Frau und den beiden Kindern per Campingmobil 2.400 Kilometer durch Neuseeland getourt.

so Weber. „Sie sind aber immer noch sehr reserviert eingestellt.“ Kein Wunder: Kleinere Unternehmen haben viel weniger Möglichkeiten als große Konzerne, die für einen Auszeitwunsch erforderliche Flexibilität aufzubringen. Ein Mitarbeiter, der ein Jahr nicht da ist, bedeutet erst einmal einen Riesenaufwand. Die Stelle muss freigehalten, aber die Arbeit weiterhin gemacht werden. Der Rest vom Team kann das häufig nicht auffangen. Es muss jemand eingestellt werden, der weiß, dass er nach einem Jahr wieder gehen wird. „Mit der Ansage, eine Auszeit nur zum Aussteigen zu nutzen, tun sich die meisten Arbeitgeber immer noch schwer“, meint Weber. Besser komme es daher an, wenn die Zeit für Arbeit im Ausland oder „Work and Travel“ genutzt würde.

Doch die Erfordernisse der Zeit verlangen, dass sich die Unternehmen auch mit den Robinson-Crusoe-Wünschen ihrer Mitarbeiter auseinandersetzen. Gute Leute wissen in Zeiten von Fachkräftemangel und Überalterung, was sie auf dem Arbeitsmarkt wert sind. Laut einer Forsa-Umfrage wünschen sich mehr als 80 Prozent der Arbeitnehmer, dass neben ihrem Job mehr Zeit für Familie und Freunde bleibt. Längst nicht nur Twens, auch viele der 30- bis 45-Jährigen hinterfragen die üblichen Karrieremuster und suchen nach Alternativen – oder Reiserouten. „Der Mittelstand muss seine Talente ziehen lassen, damit sie wiederkommen“, urteilt Recruitingfachmann Weber. Wer eine Reiseauszeit anstrebt und sie nicht gewährt bekommt, sucht sich im Zweifel direkt einen neuen Job. „Firmen, die sich da hartleibig aufstellen, werden vor dem Hintergrund der Demografie ihren Preis zahlen oder zahlen ihn bereits heute“, ist sich auch Sattelberger sicher. Er empfiehlt kleineren Unternehmen deshalb, Auszeitwünschen nicht grundsätzlich eine Absage zu erteilen. Sie sollten vielmehr mit den vorhandenen Möglichkeiten individuelle Modelle aushandeln und Freiräume zur Verfügung stellen, die dem Wunsch des Mitarbeiters nach einer Verschnaufpause entgegenkommen.

Der Maschinenbauer Trumpf aus dem Schwäbischen hat frühzeitig seinen Frieden mit der Auszeit geschlossen und neben regelmäßigen Personalentwicklungsgesprächen Möglichkeiten für Abwesenhei-

Wer eine Auszeit nimmt, sollte sich auch weiterhin als Teil des Unternehmens definieren.

ten in die Personalorganisation eingebaut. Inzwischen gibt es ein eigenes Sabbatical-Programm, das Auszeiten von sechs Wochen bis zu 24 Monaten vorsieht. Eine Sprecherin des Unternehmens sagt, dass davon am Standort der Hauptverwaltung in Ditzingen jährlich rund 30 Beschäftigte Gebrauch machen. Die entsprechende Fehlzeit kann dann im Unternehmen vor- oder nachgearbeitet werden. Das hat den Vorteil, dass Bezüge, Sozial- und Rentenbeiträge und Betriebsleistungen weiter gezahlt werden. „Insgesamt fragen immer mehr Mitarbeiter eine Auszeit nach“, so die Sprecherin. „Bei Trumpf ist die Karriere nicht vorbei, wenn ein Mitarbeiter eine Auszeit nimmt.“

Auch Kommunikationsdesigner Nikolas Janitzki hat dem Alltag eine Weile Adieu gesagt. Er arbeitet in einem mittelständischen Verlag und hat seine Eltern-

zeit für eine lange Reise mit der Familie genutzt. Dabei war von Anfang an klar: Länger als zwei Monate bleibt er nicht vom Job weg. Laut Personaler Sattelberger ist das ein wesentlicher Eckpfeiler für eine in alle

Richtungen funktionierende Auszeit: Wer eine Jobpause macht, sollte mit dem Arbeitgeber klare Vereinbarungen über Zeit der Abwesenheit, aber auch über den Einstieg nach dem Ausstieg treffen, die dann auch eingehalten werden.

Janitzki ist zusammen mit seiner Frau Linda und den beiden Kindern sieben Wochen und 2.400 Kilometer im Camper durch Neuseeland gerollt. Am Ende hatte die Familie die Taschen voller Muscheln, den Bauch voll Glück und einen Sack voll Ahnung von richtig gutem Kaffee. Sie hat gelernt, wie Schafe blöken, dass „Kiwi“ Frucht oder Vogel bedeuten kann und sich ein Lagerkoller im Wohnmobil mit Haute Cuisine auf dem Gaskocher wegbrutzeln lässt. Die Zeit sei wichtig für Kinder und Eltern gewesen, sagt Janitzki. Der Trip ans Ende der Welt habe geschmeckt wie ein kühles Bier nach einem endlosen Arbeitstag. Und das Schönste an der Tour sei gewesen, jeden Tag in ein neues Abenteuer starten zu können.

Alleine stehen die Janitzkis mit ihrer durch den Nachwuchs motivierten Reisebegeisterung nicht. Vor allem die Destination Neuseeland ist bei Elternzeitreisenden inzwischen so beliebt, dass bei der Passkontrolle an manchen Tagen der Woche eine Deutsche die

Auf Entdeckertour am anderen Ende der Welt:

Der Besuch des Mount Ruapehu (Neuseeland) ist beliebt bei vielen Elternzeitreisenden.



deutschen Familien nach rund 36 Stunden Flugzeit willkommen heißt. Die Flugzeugreihen mit Babyschalenoption auf den beliebten Strecken von Deutschland über Singapur, Hongkong, Schanghai oder Bangkok nach Neuseeland sind meistens Monate im Voraus für Familien wie die Janitzkis reserviert.

Soziale Kontakte im Unternehmen pflegen

Gemein ist dem klassischen Sabbatical und der Elternzeit, dass Auszeit nicht gleich Rauszeit ist. „Beide Seiten müssen Leistungen erbringen, damit eine Auszeit funktioniert“, sagt Personalexperte Sattelberger. Und je länger sie dauert, desto größer müssen die Anstrengungen sein, um die Risiken für Arbeitgeber und Arbeitnehmer möglichst gering zu halten. Sattelbergers Rat an alle Reisewütigen lautet deshalb, bei aller Romantik auch immer im Hinterkopf zu behalten, dass Netzwerke anfangen zu schmelzen, wichtige Projekte ablaufen, eine gewisse Entkoppelung stattfindet – vor allem, wenn die Auszeit länger als ein Jahr dauert. „Man ist nach einer solchen Zeit automatisch aus den Augen, aus dem Sinn“, weiß Sattelberger. Um dem entgegenzuwirken, empfiehlt er sowohl dem Mitarbeiter als auch dem Unternehmen, den sozialen Kontakt während der Monate konsequent zu halten. Sattelberger findet es zum Beispiel furchtbar, wenn Firmen ihren abwesenden Mitarbeitern keine Weihnachtspost mehr zukommen lassen. Umgekehrt reißt sich seiner Meinung auch der Angestellte kein Bein aus, wenn er von unterwegs ab und an eine Postkarte schickt oder hin und wieder im Büro vorbeischaut, wenn er nicht durch die Welt tingelt. „Wer eine Auszeit nimmt, sollte sich auch weiterhin als Teil des Unternehmens

definieren“, empfiehlt Sattelberger. Das erleichtert nach der Wiederkehr den Einstieg enorm.

Bleibt noch die Frage: Was bringt eine Auszeit eigentlich – abgesehen von der Lebensfreude für den einen und der organisatorischen Arbeit für den anderen? Hat ein Unternehmen von einem reisewütigen Arbeitnehmer tatsächlich nur, dass er irgendwann wieder auf der Matte steht? Und sieht ein Mitarbeiter danach automatisch klarer? Personalexperte Sattelberger macht Mut. „Menschen machen ja nicht nichts in ihrer Auszeit. Sie erwerben weitere soziale Kompetenzen und bleiben vital.“ Er ist deshalb überzeugt, dass meistens ein reiferer Mensch zurückkommt als der, der gegangen ist. „Wenn man mal eine Auszeit nimmt und aus dem Getümmel draußen ist, geht man die Dinge anders an“, sagt der Personalexperte. „Ein anderer Ort, eine andere Zeit und Zeitzone – das ist schon eine Chance zur Reflexion und für eine Zwischenbilanz.“

Was die Adamos nach ihrer großen Reise machen, wissen sie noch nicht. Wo sie landen, steht in den Sternen. Eine Farm in Brasilien, in Neuseeland, in Portugal – oder doch wieder London? In der zweiten Hälfte ihrer Reise postete Courtney Adamo häufiger auf Instagram, dass die Familie ihre Liebe zur australischen Byron Bay entdeckt habe. Danach tourten sie durch Japan und Südeuropa – Ende offen. Neuseeland-Fan Janitzki sagt, ihm hätten die Auszeit und 24 Stunden rund um die Uhr mit der Familie maximale Freiheit und einen klaren Kopf gebracht. Die nächste Reise geht nach Holland. „Wahrscheinlich für die nächsten 20 Jahre“, sagt er. Denn die Reise sei teuer gewesen. Aber fantastisch. Und die Ideen im Job sprudeln seither umso mehr. ●



CHRISTINE WEISENBORN
lebt als freie Autorin in Düsseldorf. Zwei jeweils dreimonatige Elternzeitreisen durch Neuseeland, Australien und einmal quer durch die USA mit Abschluss in Hawaii haben sie urlaubstechnisch völlig verdorben.
redaktion@libmag.de



MIT BISS UND WITZ

Nach ihr wurden Straßen, Schulen und das Abgeordnetenhaus gegenüber dem Reichstag benannt. Dass ihre Lebensleistung dergestalt in Erinnerung gehalten wird, hat sich Marie-Elisabeth Lüders hart erarbeitet.

// TEXT // GERHILD FRAMHEIN

In Berlin ist ihr Name präsent: eine Straße in Charlottenburg ist nach ihr benannt, so auch die „MELO“ – Marie-Elisabeth-Lüders-Oberschule, eine Fachoberschule für Sozialwesen – und vor allem das 2003 eröffnete Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, das als Abgeordnetenhaus dem Reichstag gegenübersteht, dem sie von 1919 bis 1930 angehörte. Dies alles hätte ihr gefallen, denn sie war Berlinerin durch und durch. Im übrigen Deutschland ist die liberale Politikerin allenfalls noch der älteren Generation als Alterspräsidentin des Deutschen Bundestages von 1953 bis 1961 im Gedächtnis, deren souveräne und leiden-

schaftliche Reden zur Eröffnung des Bundestages 1953 und 1957 jeweils großes Echo fanden.

Der Weg dahin war ihr nicht vorgezeichnet; sie musste ihn beharrlich gegen ehemals geltende Konventionen und magere Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen „erobern“. Aufgewachsen war Marie-Elisabeth Lüders in einem kultivierten bürgerlichen Elternhaus. Höchst anschaulich hat sie in ihrer Autobiografie von 1963 die unbeschwert fröhliche Kindheit im Berliner „Geheimratsviertel“ zwischen Lützowplatz und „Charlottenburger Knie“ (heute Ernst-Reuter-Platz) beschrieben: „Sechs Geschwister und zahllo-

se Spiel- und Schulkameraden beiderlei Geschlechts – es gibt nichts Schöneres!“ Sie alle waren, wie die Schulvorsteherin leise missbilligend bemerkte, in Freiheit dressiert. „In Freiheit ja – dressiert nur soweit wie es unbedingt notwendig und in Familien mit vielen Kindern überhaupt möglich ist.“ Es war eine anregende Umgebung im Kreis von befreundeten, gleichgesinnten Familien. Bekannte Gelehrte waren darunter, deren Namen nachklangen: der Historiker Theodor Mommsen, der Theologe Adolf von Harnack, der Physiker Max Planck; auch der 14 Jahre ältere „Eisbahnfreund“ Max Weber: „Er zog mich energisch in seine großen

Fotos: spreephoto/Getty Images; Camillo Fischer/Julstein bild

Marie-Elisabeth-Lüders-Haus am Spreeufer:

Das Gebäude gegenüber dem Reichstag erinnert an das couragierte und kompromisslose politische Wirken der Ur-Berlinerin.

Bogen hinein, bis ich es konnte. Trotzdem blieb der Abstand in der Leistung zwischen uns beträchtlich – genau wie Jahrzehnte später in der Wissenschaft!“

Warum sollen Mädchen nicht studieren?

Knapp 16-jährig war die Höhere Töchterschule beendet. Was nun? Der Lebensweg einer höheren Tochter mit standesgemäßem Zeitvertreib bis zur Heirat entsprach weder ihrem Temperament noch ihrer Wissbegier. Selbstbewusst fand sie, sie sei nicht dümmer als die Brüder. Warum also sollten Mädchen nicht studieren? Bis dahin war es allerdings noch weit. Erst mit 28 Jahren begann sie, unterstützt von den Eltern, die private Vorbereitung auf ein externes humanistisches Abitur. Vier Jahre später war es nach harter Arbeit bewältigt. Mit knapp 34 Jahren absolvierte sie 1912 als erste Frau an der Berliner Universität das Dokorexamen in Staatswissenschaft.

In der Frauenbewegung und Wohlfahrtspflege

Prägend für ihr weiteres Leben war der Kontakt zum Bund deutscher Frauenvereine. Dessen Forderungen machte sie sich mit Verve zu eigen: die staatsbürgerliche Gleichberechtigung von Frauen, vor allem das Frauenstimmrecht, die Aufhebung des Verbots der Mitgliedschaft von Frauen in politischen Vereinen, natürlich auch die Öffnung des Universitätsstudiums für Frauen, die in Preußen erst 1908 erfolgte.

Ebenso prägend war ihre „Lehrzeit“ in der sozialen Hilfsarbeit und ab 1912 die Berufstätigkeit in Charlottenburg als „erste weibliche Wohnungspflegerin“, wie sie stolz vermerkte. Durch den Kontakt mit Familien, die auf engstem Wohnraum und in unzumutbaren hygienischen Verhältnissen lebten, machte sie Erfahrungen, die ihrer gewohnten bürgerlichen Umgebung diametral entgegenstanden. Vielleicht hat gerade dies – die bürgerliche Herkunft und die mit großer Empathie betriebene Wohlfahrtspflege im Arbeitermilieu – ihr das Rüstzeug für

eine selbstbewusste Leichtigkeit und Hartnäckigkeit in der politischen Arena verschafft, in der Frauen ja erst 1919, mit Beginn der Weimarer Republik, zugelassen waren und sich gegen vielerlei männlichen Widerstand behaupten mussten.

Politisches Wirken in einer männlich geprägten Welt

Besonders drastisch hatte sie solchen Widerstand erlebt, als sie im Ersten Weltkrieg im Kriegsministerium mit dem Aufbau der Kriegsamtstelle für Frauenarbeit im ganzen Reich betraut wurde, mit der die Lücken gefüllt wurden, die durch den Militärdienst der Männer entstanden. Dabei konnte sie sich auf ihre Verbindungen zu führenden Frauen in den Frauenorganisationen stützen – immer darauf bedacht, den Herren im Kriegsamt energisch zu verdeutlichen, dass für Frauen mit Kindern und häuslichen Pflichten die Bedingungen der Fabrikarbeit anders zu gestalten seien als für Männer. Jahrzehnte später hat sie 1960 in einer großen Bundestagsrede zum Entwurf des Notdienst-Pflicht-Gesetzes ins gleiche Horn gestoßen: „Man scheint gar nicht auf den Gedanken gekommen zu sein, dass Frauen keine Männer sind“ und man sie nicht „mir nichts, dir nichts kurzfristig rekrutieren“ und befehlsgemäß verschicken kann.

Wohlfahrtspflege und der Kampf für die Rechte der Frauen waren lebenslang zentrale Themen in der parlamentarischen Arbeit von Lüders. Mit Genugtuung erlebte sie den bedeutenden gesetzgeberischen Meilenstein im Kampf gegen die „gottgewollte Unterordnung“ von Frauen, das Gleichberechtigungsgesetz von 1957.

Die weit gefächerte politische Tätigkeit der Weimarer Zeit wurde mit Hitlers Macht ergreifung abrupt unterbrochen. Lüders erhielt Rede- und Schreibverbot und wurde 1937 vier Monate lang von der Gestapo inhaftiert. Als ihr Haus am Eichkamp im Dezember 1943 von einer Luftmine getroffen wurde, begann ein karges Nomadenleben im süddeutschen Raum. 1947 brachte die heiß ersehnte Rückkehr nach Berlin.

Grande Dame der FDP in der Bonner Republik

Im geistig, politisch und physisch zertrümmerten Berlin begann – notdürftig zunächst, aber mit ungebrochener Energie – erneut ein steiniger Weg in die Politik. Ab 1953 nahm sie als Berliner Abgeordnete im Bundestag die politischen Themen wieder auf, für die sie schon im Reichstag gekämpft hatte. Dem Gebot der Stunde und ihrer innersten Überzeugung folgend, waren ihr zudem die drängende Flüchtlingsproblematik und die Arbeit im Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen ein Herzensanliegen.

Ihre Kalender dokumentieren ihr rastloses Arbeits- und Reiseprogramm. „Bonn ist teuflisch“, schreibt sie 1954, immer mit einem Bein im Flugzeug oder am Rednerpult. Politische Winkelzüge waren ihre Sache nicht. Für die standhafte, kompromisslose Verfechtung ihrer politischen Positionen erwarb sie sich Achtung über Parteigrenzen hinweg. Ihre scharfzüngigen, gewitzten Reden waren Sternstunden im Deutschen Bundestag.

Verdientermaßen wurde Lüders gegen Ende ihres langen, ereignisreichen Lebens für ihr geradliniges politisches Wirken vielfach ausgezeichnet: mit Ehrendoktorwürden der FU Berlin und der Universität Bonn, mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik, den Ehrenbürgerrechten der Stadt Berlin und dem Ehrenvorsitz der FDP. Zusammen mit der um eine Generation jüngeren Hildegard Hamm-Brücher steht sie in der Linie der ‚Grandes Dames‘ der Liberalen. ●



GERHILD FRAMHEIN ist Soziologin und Bildungsforscherin. 50 Jahre nach dem Tod von Marie-Elisabeth Lüders hat sie deren persönliche Nachlassdokumente geordnet, die in der Obhut des Konstanzer Soziologen

Prof. Hansgert Peisert waren (Kalender, Notizhefte, Korrespondenzen u. a. m.). Die Sammlung geht jetzt an das Bundesarchiv in Koblenz. Dort wird bereits seit 1974 ihr politischer Nachlass verwahrt. Er umfasst stattliche 336 Ordner.

redaktion@libmag.de



Unverhofft kommt oft

// TEXT // WOLFGANG GERHARDT

Deutschland hat eine lange Zeit hinter sich, in der manche seiner Bürger noch glaubten, sich von allem Unbill fernzuhalten, indem sie ein Fernglas umgekehrt vor ihre Augen hielten und dadurch alle Ereignisse als weit entfernt wahrnahmen.

Seit dem Krieg auf dem Balkan schlichen sich erste Zweifel ein, ob eine derartige „Weitsicht“ nicht doch eher Kurzdenker mit Opernglas zurücklasse. Das imperial-nostalgische Ausgreifen Russlands zur Krim und im Donbass hat Gewalt und Annexion als geschichtliches Phänomen wieder in die Gegenwart Europas befördert. Die Flüchtlingsströme haben Krisen aus Ländern, in denen Prinzipien der good governance überhaupt nicht interessieren, vor unsere Tore gespült. Terroristen üben Bedrohungen aus, die nicht mehr auf die Kapazität von Staaten abzielen. Sie zielen auf die Vernichtung des sozialen Zusammenhalts ab.

In einer solchen Zeit glauben immer noch viel zu viele Menschen in Deutschland, dass das ethnisch-kulturelle Band eine Fluchtbürg sein könnte. Im Vereinigten Königreich sucht man seine Chancen im Alleingang außerhalb der Europäischen Union, dieses Mal ohne Empire, und in der Türkei putschen Teile der Streitkräfte. Jeweils kurz vorher hätte das niemand für möglich gehalten. Anscheinend kehrt vieles von dem zurück, was wir längst schon in den Geschichtsbüchern wähten.

Die Welt ist nicht gefeit vor verstörten Verrückten mit misslungenen Lebensläufen. Und Religionen entfalten keine ausreichende Kraft, um eine anscheinend immer größer werdende Zahl von lebensverachtenden Tätern aufzuhalten, die das Leben im Jenseits dem im Diesseits vorziehen und deshalb ihren Mitmenschen das Leben im Diesseits zur Hölle machen. Zahllose Attentate und Anschläge gehen auf ihr Konto.

Die Türkei ist ein wichtiges Land. Ihre Menschen sind überaus gastfreundlich. Ihre Künstler, Schriftsteller und Schauspieler sind

großartig. Aber das Land ist gespalten. Es wird autoritär regiert. Es gibt gegenüber den Kurden keinen Beitrag zur Versöhnung, es gibt wenig Toleranz gegenüber Kritikern. Der Präsident betreibt das Land in Gestalt einer Ich-AG.

Die türkischen Bürger haben die Demokratie gegen den Putsch verteidigt. Dieses Mal durften sie demonstrieren. Ansonsten wurden sie mit Wasserwerfern traktiert. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass durch ihr mutiges Eintreten für Demokratie am Ende weniger Demokratie übrig bleibt. Vieles, was andernorts in Europa kontrovers diskutiert wird, läuft in der Türkei eher konfrontativ ab. Es zeigen sich erhitzte Gemüter, wo abgekühlte Lagebewertung am Platz wäre. Es hat unzählige Opfer gegeben, aber man hält nicht inne.

Sein Mütchen zu kühlen, indem man, wie zu lesen war, 2.000 – in Worten: zweitausend – Richter, mehrere Mitglieder des Staatsrats, des höchsten Gerichts suspendiert oder festnimmt, ganz zu schweigen von der Entlassung Tausender Beamte – das sieht mehr nach einem Gegenputsch als nach Rechtsstaat und Besonnenheit aus.

Der politische Kompromiss ist keine Staatsniederlage

Für Druck und Gegendruck gibt es keine vernünftige Kosten-Nutzen-Relation. Das haben noch nicht alle realisiert. Das gilt im Übrigen auch für manche Mitgliedsländer der Europäischen Union, in denen politische Führungen, aber auch große Teile der Gesellschaften ihre eher fragile Staatlichkeit durch Größe, Freund-Feind-Denken kompensieren. Der politische Kompromiss oder Autonomie für die eine oder andere Volksgruppe wird dort häufig als Niederlage des Staates betrachtet.

Es gibt genügend Menschen, die sich nicht von einer neuen Spezies von Meinungsbesitzern belehren lassen werden, wie sie ihr privates Leben zu führen haben. Nicht alle davon sind Separatisten.

tisten und Terroristen. Es gibt genügend Menschen, die Allah oder Gott verehren, aber darauf verzichten, selbst Allah oder Gott zu spielen. Es gibt viele Menschen, die das Fehlen einer von Totschlagargumenten freien Debattenkultur beklagen. Sie kennen die Anfälligkeit freier Gesellschaften, ihre Stärken und ihre Schwächen. Ohne diese Menschen ist kein Staat zu machen. Wer es versucht, ist nicht klug.

Eine andere Kultur ist im Vereinigten Königreich in der Reaktion auf ein Ereignis zu sehen, das auch alle Ingredienzen hat, um ein Land zu spalten. Aber auch diejenigen, die die Kampagne der Brexiteers für verlogen gehalten haben und deren Argumentationen und persönlichen Kollaps nach dem „Sieg“ als verkehrte Welt ansehen, haben sich schnell mit Theresa May nach vorne orientiert. Martialische Abrechnungsdebatten sind unterblieben. Die „Sieger“ hatten sich schon selbst genügend beschädigt.

Gnade vor Recht gewährte Boris Johnson den Einzug ins Außenamt. Eigentlich müsste er sich dabei wohl selbst ein bisschen geschämt haben. Ob er Reparatur- und Aufräumarbeiten reumütig ausführt, bleibt bei seinem Charakter einstweilen unbeantwortet.

In Zukunft sollten auch hierzulande die so hochgelobten graswurzel-demokratischen Bürgerentscheide einmal hinterfragt werden. Sie sind eher entzaubert worden. Auch viele Bürger haben sich danach in die Büsche geschlagen, sich zum Opfer erklärt, über falsche Informationen geklagt. Das klingt wenig souverän und leidet unter mangelndem Selbstvertrauen. Die Kunst, es nicht gewesen zu sein, eine Fähigkeit, die der verstorbene Philosoph Udo Marquardt zutreffend beschrieb, hat sich auch unter Bürgern verbreitet, die dies ansonsten doch so gerne der Politik vorhalten.

Sind die Zeiten unsicher, suchen Menschen Halt. Die einen begleichen auf dem Weg zu ihrer vermeintlichen Fluchtbürg Abrechnungskonten mit imaginären oder tatsächlichen Feinden und suchen nationale Größe. Andere machen für alles andere verantwortlich. So rettet sich bis heute der griechische Pumpkapitalismus über unterbliebene Strukturreformen. Viele scheinen sich partout nicht eingestehen zu können oder zu wollen, dass sie für die missliche Lage, in die sie geraten sind, selbst die Verantwortung tragen. Wiederum andere gehen den Weg des Ausgleichs, der Gemeinwohlorientierung und des menschlichen Maßes. Sie sind in der Minderheit. Authoritarian goes global, schrieb kürzlich Alexander Cooley von der Columbia University.

Europa hat von allem etwas im Angebot. Das Vereinigte Königreich hat sich selbst entschieden. Es will sich sozusagen allein durchschlagen. Ob die verbliebenen 27 zusammenbleiben und

unter welchen Spielregeln den Brexit verhandeln, ist eine nicht unwichtige Frage. Eines sollten sie jedenfalls nicht tun, nämlich auf Regeln zu verzichten. Tun sie das, würden andere davon sicher auch gern Gebrauch machen. Wie sagte die Bundeskanzlerin: „Rosinenpickerei“ könne es nicht geben. Der Zusammenhalt der 27 ist eben auch von Bedeutung und darf nicht gefährdet werden. Es sei denn, die 27 verhandeln für alles Ausnahmen. Dann ist es aber erst einmal vorbei mit einer weiteren Vertiefung, die schon unmittelbar nach dem „Brexit“ von einigen Europhorikern verkündet wurde nach dem Motto „Augen zu und durch“.

Die Aufnahme der Türkei ist endlos verhandelt und behandelt worden. Die USA und auch Großbritannien drängten eher auf ihre Aufnahme. Beide Nationen stellten sich die EU aber schon immer eher als Freihandelszone vor, ein ökonomisches „Gebilde ohne Eigenschaften“, wie der Historiker Heinrich August Winkler zu Recht feststellte. Die 27 Staaten, die jetzt nach dem Ausscheiden Großbritanniens wohl zusammenbleiben wollen, sollten sich, wenn Europa in den internationalen Beziehungen eine Rolle spielen und sein Gewicht einbringen will, allein mit einer Art von Freihandelszone nicht abgeben.

Es wäre sicherlich viel gewonnen, wenn sie sich wieder an Spielregeln halten würden, wozu auch und zuallererst die Kopenhagener Kriterien des Rechtsstaats und der Marktwirtschaft gehören. Europa ist schließlich ein Zivilisationsmodell, es ist eine Rechtsgemeinschaft, die Regeln nicht weiter für so belanglos halten darf wie in der Vergangenheit. Der Glaube, wenn man Länder aufnehme, die in diesen Feldern noch nicht à jour seien, aber eine Aufnahme in die EU das erledigen werde, hat sich nicht in allen Fällen erfüllt.

Politik kann unangenehmen Fragen nicht auf Dauer ausweichen. Die Türkei muss mit ihren inneren Spannungen fertig werden. Sie können nicht durch eine Mitgliedschaft in der EU beseitigt oder gelindert werden, jedenfalls nicht jetzt und auch nicht in absehbarer Zeit. Das auszudrücken gebietet der gesunde Menschenverstand. Ohnehin bleibt einstweilen die Frage offen, welche Art von Putsch dieses Land heimgesucht hat. Wer ihn als „Geschenk“ Allahs beschreibt, scheint geradezu auf ihn gewartet zu haben. ●



DR. WOLFGANG GERHARDT
ist Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit und
Herausgeber von *liberal*.
redaktion@libmag.de



„ICH MISSBILLIGE, WAS DU SAGST,
ABER WÜRDEN BIS AUF DEN TOD DEIN RECHT VERTEIDIGEN,
ES ZU SAGEN.“

EVELYN BEATRICE HALL

Meist wird Voltaire als Urheber dieses Zitates genannt. Dabei stammt es von der Schriftstellerin Evelyn Beatrice Hall (1868 – 1956), die dem Aufklärer diesen Satz in den Mund legte. Aphorismen, auf den Punkt gebrachte Erkenntnisse und denkwürdige Sätze von Frauen über die Freiheit sind rar gesät. Deshalb freute es mich umso mehr, als ich von der Urheberschaft des Satzes erfuhr.

Doch warum sollte ich „bis auf den Tod“ eine andere Meinung verteidigen? Wenn mein Mann behauptet, er würde im Haushalt ebenso viel wie ich machen, könnte ich ihn für diese Ansicht umbringen! Wie gerne möchte ich ihm den Mund verbieten! Am Ende glauben die Kinder auch noch ihm!

Doch was wäre, wenn ich ihn zum Schweigen brächte? Die Kinder bekämen keinen Schlagabtausch von Argumenten zu hören und könnten nur eine „richtige“ Meinung hören. Wir würden ihnen dabei nicht erlauben, aus den verschiedenen Statements eigene Schlüsse zu ziehen. Wir würden ihnen nicht vertrauen, schon klug genug zu sein, eigene Positionen zu finden, und sie damit nicht zu Citoyens erziehen. Denn noch viel mehr als im privaten Kreis brauchen wir in der Politik und in der Gesellschaft die noch so scheinbar abwegigen Ansichten der anderen – nicht nur, um den Gegner argumentativ zu überzeugen, sondern vor allem auch, um im Wettbewerb der Ideen

auch Dritte zu eigenen, neuen Ansichten zu ermuntern.

Zu den Kerngedanken der Aufklärung gehört, dass sich jeder seine eigene Meinung nicht nur bilden darf, sondern sogar sollte. Denker wie Voltaire sahen den Menschen nicht als dumm, schwach und verführbar – nein, sie vertrauten ihm und der Meinungsvielfalt, um eine demokratische Kraft zu erzeugen, die robust gegenüber totalitären Tendenzen ist – Tendenzen, die bisweilen in Diktaturen mündeten und dann tatsächlich Tote forderten. Deshalb ist es nicht übertrieben, wenn Hall von „bis zum Tod“ spricht, denn immer wenn die Meinungsfreiheit erschlagen wurde, starben mit ihr auch Menschen. Die Postmoderne vergisst zu oft, dass wir Citoyens und keine Untertanen brauchen.

Sie sehen das anders? Dann mal nur heraus mit der Sprache! Es sei denn, Sie sind mein Mann, den ich privat ... aber das ist ein anderes Kapitel.

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



Die preisgekrönte Münchner Drehbuchautorin und Schriftstellerin **Monika Bittl** steht derzeit auf Platz eins der Spiegel-Bestsellerliste mit ihrem narrativen Sachbuch „Ich hatte mich jünger in Erinnerung“. Sie streitet gerne für die Ideale der Aufklärung – und mit ihrem Mann.

kontakt@monikabittl.den



BELESEN

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

Ökonomisch-politische Sachbücher dieser Tage funktionieren häufig in Negativbeschreibungen: Kampf (Umverteilung), Abschaffung (Deutschland), Gefangenschaft (im Euro). Wohltuend ist deshalb schon der Titel: „Der Untergang ist abgesagt“. Keine Endzeitvertonung, sondern Optimismus. Wer jetzt allerdings glaubt, der Autor Thomas Straubhaar würde das theoretische Fundament für ein Rundum-Wohlfühlprogramm liefern – der wird enttäuscht sein. Allen anderen sei das Buch empfohlen. Denn Straubhaar beschreibt den demografischen Wandel als das, was er ist: eine Tatsache, eine Herausforderung, eine Chance. Als etwas, was nicht über uns kommt wie das Jüngste

Gericht. Sondern als etwas, was wir gestalten können und müssen. Neben bekannten (und von der aktuellen Politik trotzdem missachteten) Forderungen wie der nach einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit und einem Einwanderungsgesetzbuch greift er auch das etwas in Vergessenheit geratene Wahlrecht für Kinder auf. Wer nicht im Mythenkult verharren will und Spaß an Lösungen hat, sollte Thomas Straubhaar lesen.

Annett Witte

THOMAS STRAUBHAAR
DER UNTERGANG IST ABGESAGT: WIDER DIE MYTHEN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS
 Edition Körber-Stiftung, 206 Seiten,
 19,99 Euro



Boris Reitschusters Buch „Putins verdeckter Krieg“ verdient alle Aufmerksamkeit. „Ich möchte darum an dieser Stelle festhalten, dass ich mich bester Gesundheit erfreue, keinerlei Selbstmordabsichten hege und in allen Belangen vorsichtig bin, auch im Straßenverkehr.“

Es kommt eher selten vor, dass ein Autor am Ende seines Buches eine „Schutzmaßnahme“ formuliert, damit Leser und Öffentlichkeit wissen, dass es wahrscheinlich keinem Zufall geschuldet ist, sollte ihm etwas Unerwartetes zustoßen.

Der Journalist Boris Reitschuster, der von 1999 bis 2015 das Moskauer Büro des *Focus* leitete und hierzulande als einer der besten Russlandexperten gilt, hat mit seinem jüngsten Buch „Putins verdeckter Krieg – Wie Moskau den Westen destabilisiert“ in vollem Bewusstsein eine Grenze überschritten. Bereits bei seinem vor zehn Jahren erschienenen Buch „Putins Demokratie“ wurde er von offizieller Seite in Moskau gewarnt und bedrängt: Politische Kritik sei von einem Ausländer akzeptabel, hieß es damals, nicht aber Hinweise auf Mafiaverbindungen. Denn dieses Thema ist in Moskau ein absolutes Tabu. Einer der wenigen Kreml-Kritiker, die es

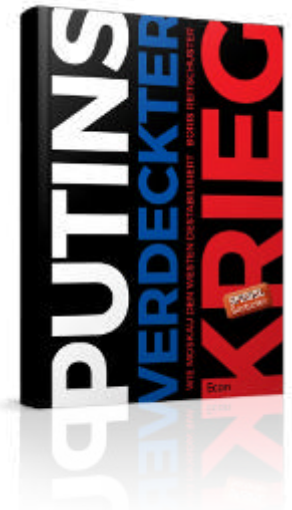
öffentlich dennoch immer wieder ansprechen, wurde im Februar 2015 ermordet: Boris Nemzow.

Reitschuster beschreibt in einer politischen Bestandsaufnahme, die ihresgleichen sucht, die mafiösen Strukturen des Putin-Regimes: Eine kleine kriminelle Clique habe Russland privatisiert, beute es aus und unterdrücke es, hetze es mit Gehirnwäsche auf und stürze es aus Angst um den eigenen Machtverlust in Abenteuer und Aggressionen. Während das Regime nach innen unterdrückt, führt es nach außen Krieg (Donbass) oder betreibt übelste Desinformation und Propaganda mit regelrechten Trollarmeen.

Klänge es nicht so abgedroschen, so müsste man Reitschusters stellenweise atemberaubendes Buch als „Pflichtlektüre“ für all jene empfehlen, die in nachgerade unfassbarer Naivität und Ahnungslosigkeit immer noch an Putins ernsthaften Willen zu Frieden, Sicherheit und Demokratie glauben.

Michael Roick

BORIS REITSCHUSTER
PUTINS VERDECKTER KRIEG
 Ullstein, 336 Seiten,
 19,99 Euro



Energiewende leicht gemacht

// TEXT // **FRIEDRICH HECKMANN**

// ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**

Zehn Kilometer entfernt von der deutschen Grenze produziert Frankreich im AKW Cattenom ein Zehntel seines Stroms. Wen kümmert das in Deutschland? Fast niemanden. Der baufällige französische Altkern Fessenheim liegt in einem Erdbebengebiet, kaum einen Kilometer entfernt vom Rhein. In Deutschland ist das kaum von Interesse.

Man fühlt sich an Douglas Adams' „Per Anhalter durch die Galaxis“ erinnert – und dessen PAL-Tarnsensor. Sie können mit PAL jedes UFO verschwinden lassen, weil es als „Problem Anderer Leute“ empfunden und unsichtbar wird. PAL galt früher schon für Atomkraftwerke, etwa in Wyhl am Kaiserstuhl. In der konservativen südbadischen



Gemeinde stieß das geplante AKW auf erbitterten Widerstand, Bauplatzbesetzung inklusive. In Fessenheim, von Wyhl nur 35 Kilometer entfernt, herrschte Ruhe. Der für Wyhl vorgesehene Reaktor ist als Block II im nordbadischen Philippsburg übrigens problemlos in Betrieb gegangen.

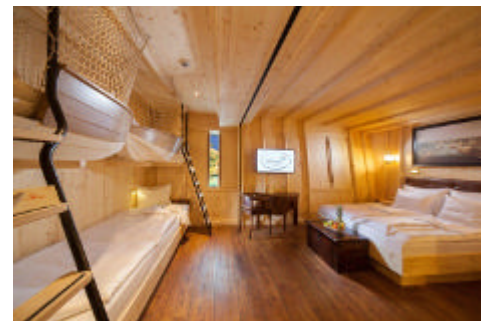
Ähnlich auch nach Fukushima: Hat die Bundeswehr Fessenheim besetzt und den maroden Reaktor „schnellabgeschaltet“? Nein. Kernkraftwerke sind nach dem PAL-Prinzip immer nur von politischer Bedeutung, wenn sie auf deutschem Territorium liegen. Das gilt es für die Energiewende zu nutzen: Man nehme Philippsburg, Ohu, Gundremmingen, Grohnde, Brokdorf und Neckarwestheim und tausche sie gegen Fessenheim, Mérimol, La Rochelle und Montbéliard. Solche Gebietstausche sind mit einfachen Staatsverträgen möglich. Frankreich könnte dann die nuklearen Gelddruckmaschinen weiterlaufen lassen und der deutsche Atomausstieg wäre fast perfekt. Denn mit PAL gilt ja: aus den regionalen Grenzen, aus dem Sinn. Fessenheim kann man dann als das eine AKW, welches aus deutschem Sicherheitsinteresse wirklich vom Netz gehört, endlich abschalten. ●

VERLOSUNG

URLAUBSPARADIES ZUM WOHLFÜHLEN



In Erding ist die Victory vor Anker gegangen. Das Hotel in Form des legendären Großseglers von Lord Nelson komplettiert das Angebot der Therme Erding.



An 365 Tagen im Jahr verwöhnt die Therme Erding – Europas größte Thermenwelt – seine Gäste mit tropischem Flair und einzigartigen Wohlfühl- und Wellnessangeboten. Ein eindrucksvolles Wellenparadies und ein Hotel ergänzen das Angebot optimal. Der beeindruckende Bau in Gestalt des berühmten Großseglers von Lord Nelson heißt Familienurlauber, erholungssuchende Paare oder Geschäftsreisende komfortabel willkommen.

Das Ambiente sucht seinesgleichen. Neben der Victory, dem legendären Großsegler, stand ein echter venezianischer Palazzo Pate für dieses einzigartige Hotelprojekt. Die insgesamt 138 Zimmer in Größen zwischen 25 und 50 Quadratmetern sind individuell thematisiert. Das Restaurant „Hafen“ lädt zum Frühstück ein, im Restaurant „Empire“ genießen Gäste Halbpension und à la carte-Gerichte.

GEWINN*

Zwei Übernachtungen für zwei Personen im Doppelzimmer mit Halbpension mit Eintritt in die Therme Erding (ausgenommen Saunaparadies und Vitaloase). Eigene Anreise. Buchbar nach Verfügbarkeit.

Weitere Informationen
HOTEL VICTORY THERME ERDING GMBH
Tel: +49-8122-550-3000
victory@victory-hotel.de
www.victory-hotel.de

Wie gefällt Ihnen *liberal*?

Unser Anspruch und Ansporn ist es, **liberal** stets noch besser zu machen. Dabei interessiert uns eigentlich nur eine Meinung: die unserer Leser. Nehmen Sie sich fünf Minuten Zeit für unsere Umfrage – Sie können nur gewinnen!

In jedem Fall ein noch besseres Magazin, und mit etwas Glück einen **Gutschein für einen Aufenthalt im Hotel Victory Terme Erding mit HP für 2 Personen**. Ihre Daten behandeln wir selbstverständlich vertraulich!

Den Fragebogen können Sie online ausfüllen unter **freiheit.org**. Oder Sie schicken ihn uns auf einem der folgenden Wege zurück: per Post im beiliegenden Umschlag, als Scan an **meinung@planetec.co**, per Fax an **0211/54227853**.

1. Wie zufrieden sind Sie mit *liberal* auf einer Notenskala von 1 (= sehr gut) bis 6 (= sehr unzufrieden)?

1 2 3 4 5 6

☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐

2. Welches dieser Themen in *liberal* interessiert Sie besonders? (Bitte nur ein Kreuz setzen)

Politik ☐ Wirtschaft ☐ Gesellschaft ☐

Kultur ☐

3. Von welchen Themen möchten Sie künftig noch mehr in *liberal* lesen?

.....

.....

4. Sind die Texte in *liberal* im Schnitt ...

... zu lang ☐ ... zu kurz ☐ ... genau richtig so ☐

5. *liberal* erscheint sechs Mal jährlich. Wie häufig lesen Sie das Magazin? Ich lese...

... jede Ausgabe ☐ ... in etwa jede zweite Ausgabe ☐ ... *liberal* selten bis nie ☐

6. Auf einer Notenskala von 1 (= sehr gut) bis 6 (= sehr unzufrieden): Wie beurteilen Sie die folgenden Aspekte von *liberal*?

Gestaltung des Magazins ☐ Textmenge ☐

Bildsprache ☐ Sprachstil ☐ Themenwahl ☐

Infografiken ☐

7. Welche der folgenden Beschreibungen trifft Ihrer Meinung nach auf *liberal* zu?

	trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	teils, teils	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu
Kritisch	☐	☐	☐	☐	☐
Seriös	☐	☐	☐	☐	☐
Objektiv	☐	☐	☐	☐	☐
Magazin für Freidenker	☐	☐	☐	☐	☐
Interessant	☐	☐	☐	☐	☐
Hochwertig	☐	☐	☐	☐	☐
Modern	☐	☐	☐	☐	☐

8. Wie intensiv nutzen Sie das Magazin?

Ich lese fast jeden Beitrag ☐ Ich lese nur ausgewählte Artikel ☐ Ich blättere allenfalls durch ☐

Ich kenne das Magazin, lese es aber nicht ☐ Ich gebe es an andere weiter ☐

9. Wie ist Ihr berufliches Umfeld?

Arbeiter ☐ Angestellter ☐ Beamter ☐

Selbständiger ☐ Rentner ☐ arbeitslos ☐

Schüler ☐ Student ☐

10. Wie alt sind Sie? Jahre

11. Sie sind ... weiblich ☐ männlich ☐

Für die Teilnahme an der Verlosung tragen Sie hier bitte Ihre E-Mail Adresse ein*

*Wir speichern und nutzen die Daten ausschließlich zur Abwicklung der Verlosung.



Die neue Online-Heimat der Freiheit.

Freiheit.org



Besuchen Sie uns unter
www.freiheit.org

Die neue Website der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit – wir freuen uns auf Ihren Besuch!

- Optimierte für Tablet, Smartphone und Desktop
- Großer Bereich für Stipendiaten
- Übersichtliche Darstellung von Nachrichten, Meinungen und Analysen
- Mit einem Klick zu unseren Veranstaltungen
- Viele Themenseiten, u.a. zu Migration, TTIP und Internationaler Politik

